

## Buchbesprechungen

*Herdzina, Klaus: Wirtschaftliches Wachstum, Strukturwandel und Wettbewerb („Questiones Oeconomicae“, Bd.7, hrsg. von Hans Besters). Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1981. 317 S. DM 68,—.*

Wirtschaftliches Wachstum ist mit Strukturwandel verbunden. In der marktwirtschaftlichen Ordnung ist der Wettbewerb bekanntlich ein unpersonliches Entdeckungsverfahren und ein anonymes Ausschlußverfahren vom Markt. Die Komplexe Wachstum, Strukturwandel und Wettbewerb sind demnach im Zusammenhang zu sehen. Notwendig wäre folglich eine integrierte Theorie, die auf diese drei Kategorien eingeht. Diese trüge auch wirtschaftspolitisch zur Klärung der Rollenverteilung der Wachstums-, Struktur- und Wettbewerbspolitik im Hinblick auf die Förderung des Wachstumsziels bei. Welches wäre der optimale Mix? — Ein Buch mit dem höchst willkommenen Titel der Studie von Herdzina sollte auf diese Frage Antwort geben können.

Wenn über Wachstum, Strukturwandel und Wettbewerb gesprochen wird, dann geht es um die Zielsetzung „Wachstum“. Ist die Rahmenbedingung „Wettbewerb“ ausreichend, um ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu garantieren? Wenn nicht, genügen dann in Ergänzung des Wettbewerbs globale (indirekte) wachstumspolitische Maßnahmen? Welche Rolle kommt der Strukturpolitik zu? Im politischen Raum sind die Antworten auf diese Fragen kontrovers. Herdzina findet am Ende seiner Literaturstudie eine Antwort, die er vorsichtig (und noch mit Zitaten in der Schlußfolgerung absichernd) belegt: Wettbewerbspolitik ist die beste Wachstumspolitik.

Diese Antwort ist auch nach der Lektüre dieses Buches nicht zwingend. Eine Literaturstudie kann lediglich den Stand des gegenwärtigen Wissens unter einer speziellen Fragestellung wiedergeben. So ist es nicht verwunderlich, daß in den drei Hauptkapiteln des Buches die Wachstumstheorie, die „Strukturtheorie“ und die Wettbewerbstheorie behandelt werden. Hans Besters kündigt im Vorwort des Herausgebers an: „Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, die heute weitgehend verselbständigten drei Sachverhalte „Wachstum“, „Struktur“ und „Wettbewerb“ in ihren Entwicklungsphasen nachzuzeichnen und im Lichte neuerer Erkenntnisse wieder zusammenzufügen“. Die Nachzeichnung der Entwicklungsphasen ist dem Verfasser durchaus gelungen. Die industrieökonomische Neuorientierung ist ein erwünschtes Forschungsprogramm. Sie kommt in dem Buch, welches sich erst von der S.215 an mit dem Wettbewerb und den Wettbewerbsdeterminanten beschäftigt, jedoch etwas zu kurz. So darf sich dann der Leser zunächst ausführlich mit der Historie der Wachstumstheorie und den nicht ganz unbekanntenen Determinanten des Strukturwandels befassen.

Zur Wachstumstheorie gibt es wenig Neues zu erfahren. Ihre Entwicklung entlang der herkömmlichen Paradigmen ist seit über einem Jahrzehnt abgeschlossen. Weitgehend ist sie vor allem eine Theorie der Möglichkeit oder

Unmöglichkeit des stabilen Wachstums. Die Stabilitätsanalysen geben eher Anregungen für die Konjunktur- als für die Wachstumspolitik. Die grundlegenden Wettbewerbs- und Strukturwandlungsprozesse werden in den Modellen der Wachstumstheorie, die der Verfasser nicht explizit wiedergibt, vernachlässigt. Herdzina stellt hier mit Recht fest (S. 63), daß eine fundamentale Schwäche der neoklassischen Wachstumstheorie darin liegt, daß sie statische Maximierungskonzepte auf eine wachsende Wirtschaft überträgt. Demnach seien ihre Wettbewerbshypothesen zur Erfassung von Wachstumsprozessen inadäquat. Er folgert weiterhin zusammenfassend (S. 62). „Versuche, den Beitrag struktureller Veränderungen zum wirtschaftlichen Wachstum zu ermitteln, lassen sich daher mit Hilfe der in der neoklassischen Theorie entwickelten Ansätze bislang kaum unternehmen. Soweit solche Versuche heute vorliegen, finden sie sich außerhalb des engeren Rahmens dieser Theorie.“

Somit haben Strukturwandel und Wettbewerb keinen Platz im Rahmen der stringenten Theorie. Soweit ist dem Verfasser zuzustimmen. Er meint jedoch, sie hätten „noch“ keinen Platz. Er verweist weiterhin auf die zahlreichen ad hoc-Hypothesen, die im Umfeld der Modelltheorie entwickelt werden. Diese sind nützlich und deuten auf wachstumspolitische Ansätze hin. Fraglich ist aber, ob die Hypothesen zu den Wachstumsdeterminanten überhaupt in ein konsistentes gesamtwirtschaftliches Wachstumsmodell eingefügt werden sollten. Hier macht es sicherlich mehr Sinn, industrieökonomische Ansätze weiter zu verfolgen.

Im Strukturkapitel geht Herdzina mit gutem Grund auf die traditionellen „Strukturtheorien“ kaum ein. Er stellt stärker als bei Strukturuntersuchungen üblich auf die Marktstruktur ab. Somit bereitet dieses mittlere Kapitel der Untersuchung das Hauptkapitel über den Wettbewerb und die Wettbewerbsdeterminanten vor. Zu Recht stellt er in diesem Kapitel die Fragestellungen der Industrieökonomik in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

Die im deutschen Sprachraum noch unterentwickelte Industrieökonomik eröffnet den Zugang zu einer realistischeren Erklärung der Wachstumsprozesse und des Strukturwandels. Abgestellt wird auf den dynamischen Charakter des Wettbewerbs. Theoretisch abgesicherte empirische Wirtschaftsforschung eröffnet Einsichten in das tatsächliche Marktverhalten. Der Marktstruktur kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Dabei ist das Zusammenspiel von der Marktstruktur über das Marktverhalten zu den Marktergebnissen keinesfalls eine Einbahnstraße.

Die makroökonomische Theorie befindet sich bekanntlich seit geraumer Zeit in der Krise. Die gesamtwirtschaftliche Wachstumstheorie hat sich seit weit über einem Jahrzehnt als Irrweg erwiesen. Die Betrachtung von Märkten ist dem Strukturwandel angemessen. Hier ergänzen sich neuere Entwicklungen in der Makroökonomik und in der Industrieökonomik. Von einer Kombination beider sind neue Ansätze in der Wachstums- und Strukturforschung zu erwarten. Von der alten Wachstumstheorie und den „Strukturgesetzen“ wird dabei nicht viel übrig bleiben.

Es ist das Verdienst des Buches von Herdzina, welches bereits 1978 als Habilitationsschrift abgeschlossen wurde, im Zusammenhang mit dem Thema Wachstum, Struktur und Wettbewerb auf den zentralen Beitrag der Industrieökonomik mit Nachdruck hingewiesen zu haben. In der Zukunft kann es jedoch nicht nur darum gehen, angelsächsische Erfahrungen in der Form von Literaturstudien auf den deutschsprachigen Raum zu übertragen.

Wie Herdzina mit Recht hervorhebt, liefert die Industrieökonomik auf theoretischer Grundlage empirische Fundierung. Der Verfasser würde sehr wahrscheinlich zustimmen, daß es an ihr im deutschsprachigen Raum noch mangelt.

Es ist verdienstvoll und wünschenswert, daß dieses Buch zu dieser Fundierung anregt. Hier ist in den nächsten Jahren noch viel zu tun. Erst auf der Grundlage solcher fundierter empirischer Studien läßt sich das Verhältnis der Wettbewerbs-, Struktur- und Wachstumspolitik abklären.

B. Gahlen, Augsburg

*Nobel, Klaus: Außenhandelseffekte in linearen Wachstumsmodellen. Eine Analyse der Beziehungen zwischen Wachstum, Verteilung und Außenhandel bei internationaler Kapitalmobilität. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 324.) Duncker & Humblot, Berlin - München 1982. 265 S. DM 128,—.*

Klassische und neoklassische Theorie erklären Richtung und Vorteilhaftigkeit des zwischenstaatlichen Handels durch internationale Unterschiede in der Faktorproduktivität (*Ricardo*) und der Faktorausstattung (*Heckscher-Ohlin*). Die Angebotsseite dieser Modelle ist durch primäre, vollbeschäftigte Faktoren gekennzeichnet, die, national mobil, international immobil, jene Konsumgüter erzeugen, welche Gegenstand der internationalen Handelsbeziehungen sind.

Eine solche Sicht der Produktionssphäre erscheint in mancherlei Hinsicht unbefriedigend. So kann das Modell z. B. weder den Handel in Kapitalgütern erklären, noch Kapital als Produktionsfaktor *sui generis*, nämlich als produziertes Produktionsmittel, behandeln.

Diesen Kritikpunkt nimmt die vorliegende Arbeit auf. Nobel diskutiert Fragestellungen der realen Außenhandelstheorie mit Hilfe eines linearen Wachstumsmodells, das ihm die Verwendung eines Kapitalbegriffs erlaubt, der der modernen Kapitaltheorie eher entspricht als der Kapitalbegriff, der der neoklassischen Produktionsfunktion zugrunde liegt.

Nach einer kurzen Programmübersicht legt der Verfasser in Kapitel zwei die produktionstheoretischen Grundlagen: Die Faktor- und Güterpreise verbindenden Preisgleichungen, die Faktor- und Gütermengen verknüpfende Mengengleichung und die die Preis- und Mengenebene verknüpfende Kal-dor'sche Sparfunktion. Vollbeschäftigung des einzigen primären Faktors, Arbeit, ist kompatibel mit vielen Produktionsstrukturen. Bei gegebenen Faktorpreisen ist jedoch aufgrund der Sparfunktion die Struktur der Nachfrage nach Konsum- und Kapitalgütern fixiert und die Anbieter passen ihre Produktionspalette an. Der im *Heckscher-Ohlin*-Modell vorhandene „link“ zwischen Faktorpreisen und Angebotsstruktur fehlt hier und verschafft dem linearen Modell einen zusätzlichen Freiheitsgrad.

Bei heterogenem Kapitalstock läßt sich die neoklassische monotone Beziehung zwischen Faktorpreisverhältnis, Kapitalintensität und Pro-Kopf-Einkommen bekanntlich nicht mehr halten, und Reswitching wird möglich. Damit aber brechen, wie Nobel in Kapitel drei zeigt, zentrale Thesen der neoklassischen Außenhandelstheorie zusammen und ein alternatives Außenhandelsmodell erscheint erforderlich.

Ein solches Modell liefert der Verfasser im nächsten Kapitel, indem er sein Grundmodell aus Kapitel zwei für eine offene Volkswirtschaft erweitert. Zunächst wird nur der Warenhandel einbezogen und eine ausgeglichene Handelsbilanz unterstellt. Das interessanteste Ergebnis dieser Modellvariante besteht in der Möglichkeit, daß dezentral organisierter, sich an den Preissignalen orientierender Außenhandel, zu Wohlstandseinbußen führen kann.

In Kapitel fünf setzt sich Nobel kritisch und überzeugend mit jenen neoklassischen Autoren auseinander, die das erwähnte Ergebnis auf Nicht-Berücksichtigung temporärer Wohlstandsgewinne im Zuge des Übergangs von einem „steady-state“ zum anderen zurückführen wollen.

Den Wirkungen veränderter Terms-of-Trade gilt das Interesse des Verfassers im nächsten Kapitel. Bei nach wie vor ausgeglichener Handelsbilanz erlauben sich verbessernde Terms-of-Trade in der Preisebene höhere Real-löhne bei gleicher Profitrate, in der Mengenebene höheren Pro-Kopf-Konsum bei unveränderter Kapitalakkumulation.

In Kapitel sieben wird dann die Annahme ausgeglichener Handels- und Leistungsbilanz aufgegeben, Kapitalmobilität im traditionellen Sinne also zugelassen. Ist der Begriff Kapitalmobilität im Untertitel des Buches in diesem Sinne gemeint, deckt der Untertitel nur rd. ein Drittel des Textes ab. Meint der Verfasser mit Kapitalmobilität hingegen schlicht Handel mit Kapitalgütern, erscheint der Begriff zumindest mißverständlich. Unüblich ist es auch, einem realen Transfer, gleich Saldo der Handelsbilanz, einen nominalen Transfer im Sinne eines Saldos aus Handels- plus Dienstleistungsbilanz gegenüberzustellen.

Die Konsequenz eines von null verschiedenen Außenbeitrags ist die Aufhebung der Dualität von Einkommensverteilung und Einkommensverwendung für Konsum- und Investitionszwecke. Im kapitalexportierenden Land sinken Konsum- und Akkumulationsmöglichkeiten, umgekehrt im Kapitalimportland. Je nachdem, wie sich die Verwendungsstrukturen in beiden Ländern ändern, muß sich die Nachfragestruktur anpassen, was Anpassungen in der Einkommensverteilung erzwingt. Nobel: „Intra- und internationale Einkommensumverteilungen sind miteinander verknüpft.“

Im letzten Kapitel wird die Annahme konstanter, vom Kapitaltransfer unabhängiger Produktionsbedingungen im In- und Ausland aufgegeben. Der Import von im Vergleich zum Inland technisch effizienteren Kapitalgütern impliziert einen gleichzeitigen Import von Know-How, also Technologietransfer. Von Qualifikationsproblemen des Faktors Arbeit im Zusammenhang mit der neuen Technologie wird abgesehen. Nobel weist nach, daß ein mikroökonomisch rentabler Technologieimport wohlstandsmindernde gesamtwirtschaftliche Effekte haben kann, wenngleich er diese Möglichkeit für nicht sehr wahrscheinlich ansieht.

Nobels Arbeit ist ohne Zweifel verdienstvoll. Sie gibt einen anspruchsvollen Überblick über die Anwendungsmöglichkeiten linearer Wachstumsmodelle im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der Verfasser macht deutlich, daß hier dem neoklassischen Modell ein ernst zu nehmender alternativer Ansatz entgegengestellt werden kann.

Allerdings hätte man sich gelegentlich eine vergleichende Kommentierung der neoklassisch inspirierten Arbeiten zu Außenhandel und Wachstum (*Gabisch*) sowie der bekannten älteren Arbeiten zum Kapitaltransfer (*Abb, Amano*) gewünscht. Außerdem wäre es m. E. verdienstvoll gewesen, den

Mängeln der neoklassischen Ansätze zumindest einige Mängel des linearen Modells der vorgestellten Art gegenüberzustellen. So enthält der Ansatz implizite eine eigenartige Verknüpfung von Preisen und Nachfrage: Bei steigenden Löhnen verlagert sich die Nachfrage wegen der Kaldor'schen Sparfunktion auf den Konsumsektor, obgleich die Konsumgüter bei arbeitsintensiver Konsumgutproduktion teurer werden. Weiter: Würde man fixes Kapital unterstellen und dieses, wie Arbeit, als vollbeschäftigt annehmen, müßten die Faktorpreise einen direkten Einfluß auf die Angebotsstruktur ausüben, was tendenziell eine Annäherung an neoklassische Ergebnisse zur Folge haben müßte. Und schließlich hätte der Umstand, daß in diesem Modell die relativen Preise nicht die realen Grenzkostenverhältnisse widerspiegeln, stärker deutlich gemacht und bewertet werden können.

K. Sauernheimer, Essen

*Buhr, Walter und Peter Friedrich (Eds.): Lectures on Regional Stagnation. 1981. 317 S. DM 89,—.*

*Buhr, Walter und Peter Friedrich (Eds.): Regional Development under Stagnation. 1981. 405 S. DM 98,—.*

*Buhr, Walter und Peter Friedrich (Eds.): Planning under Regional Stagnation. 1982. 567 S. DM 186,—. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.*

In den letzten Jahren ist das Problem der regionalen Stagnation immer mehr zu einer Herausforderung für Politiker und Regionalplaner geworden. Dabei wurde zunehmend deutlich, daß es auf diesem Gebiet einen erheblichen Mangel an theoretischen Analysen und empirischen Studien gibt. Angesichts der drängenden Probleme fand 1978 in Siegen eine internationale Tagung statt, die dem Thema „Räumliche Entwicklung und stagnierendes Wachstum“ gewidmet war. Führende Vertreter der Nationalökonomie, der Geographie, der Planungswissenschaft und anderer Disziplinen haben an diesem Fourth Advanced Studies Institute in Regional Science teilgenommen. Die auf dieser Tagung gehaltenen Vorträge sind jetzt in drei Bänden veröffentlicht worden, die hier zu rezensieren sind. Bei der Auswahl der zu besprechenden Aufsätze werden vier Schwerpunkte gebildet: Theorie der regionalen Stagnation, empirische Untersuchungen zur regionalen Stagnation, Regionalpolitik zur Überwindung der Stagnation und, schließlich, regionale Stagnation in Europa.

A. E. Andersson untersucht Wachstum und Stagnation einer Wirtschaft mit öffentlichen Gütern. Er betrachtet ein neoklassisches Modell mit CES-Produktionsfunktion und stationärer Bevölkerung. In den einzelnen Regionen werden öffentliche Güter angeboten, die auch von anderen Regionen genutzt werden können; die einzelnen Regionen unterscheiden sich dann in der Erreichbarkeit der öffentlichen Güter. Die theoretische Analyse führt zu dem Ergebnis, daß die öffentlichen Güter einen festen Anteil am Sozialprodukt einnehmen. Außerdem gibt es einen Steuersatz, der die Wachstumsrate maximiert. Wird die Erreichbarkeit verbessert, dann steigt die Wachstumsrate, und der Anteil der einzelnen Regionen am Sozialprodukt verschiebt sich. Das bedeutet für einige Regionen Stagnation, für andere Regionen dagegen Beschleunigung des Wachstums.

Einem verwandten Thema gilt der Aufsatz von P. van Rompuy: Allokation und Distribution bei verlangsamtem Wachstum. Es handelt sich dabei um ein

multiregionales Wachstumsmodell, in dem die einzelnen Regionen identische Produktionsfunktionen aufweisen. Die Verringerung des technischen Fortschritts und die Sättigung der Konsumenten mögen bewirken, daß die Wachstumsrate abnimmt. In einer Wirtschaft ohne öffentliches Kapital stimmt das Pro-Kopf-Einkommen in allen Regionen überein; es gibt dann keinen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gerechtigkeit. In einer Wirtschaft mit öffentlichem Kapital indes unterscheiden sich die einzelnen Regionen im Pro-Kopf-Einkommen; in dieser Situation entsteht tatsächlich der genannte Zielkonflikt.

M. Beckmann wirft die Frage auf, ob das System der zentralen Orte stabil ist. Mit anderen Worten, werden im Endzustand alle Menschen in wenigen metropolitanen Zentren leben, abgesehen von den Landwirten? Der historische Trend besteht in einer anhaltenden Landflucht, die sich nur in der Weltwirtschaftskrise kurzzeitig umkehrte. Beckmann diskutiert ein stochastisches Modell mit regionalen Arbeitsmärkten, die durch Wanderungen miteinander verbunden sind. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß das System zentraler Orte dynamisch stabil ist. Außerdem stellt sich heraus, daß die Zentren großer Regionen größer sind als die Zentren kleiner Regionen.

R. Donckels gibt einen empirisch orientierten Überblick über Theorien zur Erklärung regionaler Stagnation. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, Humankapital, physischem Kapital und Infrastruktur. Hinzu kommt noch die Sektorstruktur, die Organisation der Wirtschaft und das Marktverhalten der Akteure. Alle diese Determinanten haben eine räumliche, soziale und politische Dimension. Das Problem der regionalen Stagnation kann nach Auffassung von Donckels nur durch interdisziplinäre Anstrengungen überwunden werden. Die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft stößt dabei an ihre Grenzen.

K. Polenske vergleicht eine Reihe von Methoden zur Analyse stagnierender Regionen: Input-Output-Analyse, Ökonometrie und Systemanalyse. Jede dieser Methoden besitzt spezifische Stärken und Schwächen; allerdings ist keine Methode in der Lage, große Strukturbrüche vorherzusagen. Insgesamt ist die Input-Output-Analyse den anderen Methoden überlegen: Sie erfüllt drei wesentliche Aufgaben, nämlich regionale Gesamtrechnung, Politik-Analyse und Prognose. Ökonometrische Studien sind zwar billiger, liefern aber auch nicht so gute Ergebnisse.

P. Nijkamp entwirft ein Entscheidungsmodell zur Überwindung der regionalen Stagnation. Er stellt folgende Anforderungen an das Modell: Das Modell soll umfassend sein, räumlich differenziert, der städtischen Agglomeration Rechnung tragen und eine Politik-Analyse erlauben. Diesen Anforderungen genügt ein operationales Modell mit folgenden Bausteinen: (1) Interregionale Input-Output-Analyse, (2) Verhaltensbeziehungen, (3) technische Relationen, (4) Satisfizierung. In die Zielfunktion des Entscheidungsmodells gehen Effizienz, Gerechtigkeit, Lebensstandard und Schutz der Energiequellen ein.

J. B. Parr wendet sich der Frage zu, welche Konsequenzen sich aus der Stagnation für die Planung ergeben. Er geht davon aus, daß sich der sektorale und räumliche Strukturwandel fortsetzt, wobei die Anpassungsprozesse langsamer ablaufen. Der Bedarf für öffentliche Interventionen steigt, und damit das Bewußtsein für die Planung. Parr weist darauf hin, daß die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse der Planung teilweise enttäuschend sind. Er empfiehlt deshalb zum einen, neue und bessere Planungsverfahren

zu entwickeln; andererseits sollten die hohen Ansprüche an die Planung etwas reduziert werden.

*U. Christiansen* untersucht die Änderungen des Standortverhaltens in den Sechziger und Siebziger Jahren. Die Auswertung von Fallstudien zeigt, daß Standortentscheidungen stets zentral getroffen werden und daß kleine Unternehmen dabei flexibler sind als große Unternehmen; nur sehr große Unternehmen machen von theoretisch fundierten Entscheidungsmodellen Gebrauch.

*H. St. Seidenfus* analysiert die regionalen Probleme in Nordrhein-Westfalen. Im Vordergrund stehen die großen Disparitäten zwischen den Agglomerationen auf der einen Seite und den zurückgebliebenen Regionen auf der anderen Seite. Der Rückstand ist nach Auffassung von Seidenfus ganz wesentlich auf mangelnde Wirtschaftskraft und unzureichende Ausstattung mit Infrastruktur zurückzuführen. Es ist Aufgabe der Regionalpolitik, diese Disparitäten abzubauen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Nordrhein-Westfalen leidet besonders unter einer Abnahme der Bevölkerung, wirtschaftlicher Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit. Die zu beobachtende Verlagerung der Arbeitsplätze von der Peripherie in die Zentren führt dazu, daß sich die Arbeitslosigkeit in der Peripherie noch verstärkt.

*R. Jochimsen* und *K. J. Luther* geben einen weitgespannten Überblick über historische Aspekte der Regionalpolitik in der Bundesrepublik. Aktuelle Herausforderungen für die Regionalpolitik sind, nach Ansicht der Verfasser, rasch wechselnde Bevölkerungstrends, eine zunehmende internationale Verflechtung sowie eine abnehmende Effizienz der Regionalpolitik. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten schlagen die Verfasser vor, Informationszentralen aufzubauen, bessere und aktuellere Daten bereitzustellen, die Regionalwissenschaft zu fördern und, nicht zuletzt, die Organisation der Regionalpolitik zu verbessern.

*K. Kühne* diskutiert die Rolle der europäischen Regionalpolitik in der Rezession. Die regionale Verflechtung ist grundsätzlich vergleichbar mit Außenhandel bei festen Wechselkursen. Herrscht Rezession in den reichen Regionen, dann nehmen die Importe aus den armen Regionen ab, und umgekehrt. Dabei treten keine dämpfenden Wechselkurseffekte auf, so daß die armen Regionen voll von der Rezession getroffen werden.

Insgesamt bieten diese drei Bände theoretische Analysen und empirische Studien von hoher Qualität. Diese Publikation wird m.E. in der regionalwissenschaftlichen Literatur der Bundesrepublik und darüber hinaus einen hervorragenden Platz einnehmen. Es bleibt zu hoffen, daß der Transfer von der Wissenschaft zur Politik rasch gelingt.

M. Carlberg, Hamburg

*Fuchs*, Victor R. (Hrsg): *Economic Aspects of Health. A Conference Report*, National Bureau of Economic Research, Chicago und London 1982. The University of Chicago Press, Chicago und London 1982. pp. 333. £ 22,40.

Das gemeinsame Thema aller Beiträge ist der Gesundheitsstand einzelner Bevölkerungsgruppen, wie er sich in Mortalität, Morbidität, Invalidität und anderen meßbaren Größen niederschlägt. Nach einer Einführung des Herausgebers folgen vier Beiträge mit empirischen Untersuchungen über Bestimmungsgrößen des Gesundheitsstandes einzelner Gruppen. In weiteren

vier empirischen Studien werden Wirkungen untersucht, die von Unterschieden im Gesundheitsstand auf die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen, auf den erreichbaren Bildungsstand sowie im Falle kranker Kinder auf das Arbeitsangebot und Verdienstmöglichkeiten der betroffenen Eltern ausgehen. — Schließlich werden in zwei Aufsätzen Fragen einer Gesundheitspolitik aufgeworfen, die im Zusammenhang mit der Allokation der Ressourcen und dem optimalen Umfang des Versicherungsschutzes stehen.

*Jeffrey Harris* untersucht den Zusammenhang zwischen vorgeburtlicher medizinischer Versorgung und der Säuglingssterblichkeit an 6 800 schwarzen Frauen in Massachusetts. Er kommt zu dem Ergebnis, daß vorgeburtliche Hilfe das Risiko von Frühgeburten verringert. Dabei interpretiert der Autor die vorgeburtliche medizinische Hilfe nicht als alleinige Ursache, sondern als eine Größe, die durch vielfältige Einflüsse im Kontext der Inanspruchnahme dieser Hilfe zu sehen ist. Die Säuglingssterblichkeit wird auch insoweit positiv berührt, als die Notwendigkeit perinataler Hilfe frühzeitig erkannt wird.

*Marc Rosenzweig* und *Paul Schulz* sehen im vorgeburtlichen Verhalten der Mutter die Bestimmungsfaktoren für die Gesundheit der Neugeborenen. Im Rahmen einer empirischen Nachfrageanalyse ermitteln sie u. a. den negativen Einfluß des Rauchens auf das Geburtsgewicht bei gegebener Schwangerschaftsdauer. An einer Stichprobe von 9 000 Geburten fanden sie heraus, daß das Geburtsgewicht um 8,5 % niedriger liegt, wenn die Mutter während der Schwangerschaft täglich eine Schachtel Zigaretten raucht.

*Victor Fuchs* untersucht Zusammenhänge zwischen dem Gesundheitsstand, dem Gesundheitsverhalten und den individuellen Zeitpräferenzen. Im Rahmen des nicht unumstrittenen Humankapitalansatzes von Becker und Grossman wird das Gesundheitsverhalten als Investition interpretiert und Unterschiede in diesem Investitionsverhalten als unterschiedliche Zeitpräferenzen (intertemporal choice) definiert (S. 95). Empirisch ermittelbare Zeitpräferenzen lassen sich nach Ansicht des Autors daraufhin untersuchen, ob sie das Gesundheitsverhalten (Rauchen, Zahnarztbesuche, Gewicht, körperliche Tüchtigkeit etc.) erklären. In einer Telefonumfrage mit 500 Personen im Alter von 25 - 64 wurden durch 6 Fragen Zeitpräferenzen in Höhe von 10 - 15 % pro Jahr ermittelt. In der auf konsistente Antworten beschränkten Analyse korrelierte der (implizite) Zinssatz negativ mit der Dauer des Schulbesuchs und dem Gesundheitsstand und positiv mit dem Rauchen.

*Paul Taubman* und *Sherwin Rosen* legen Ergebnisse über die Beziehungen zwischen Gesundheit, Ausbildung und Familienstand vor, die sie aufgrund von Daten aus der „Retirement History Study“ für 10 000 weiße Männer im Alter von 58 - 63 ermitteln konnten. Die Autoren belegen den starken Einfluß der Ausbildungsdauer auf den Gesundheitsstand, der mit Hilfe subjektiver und objektiver Indikatoren gemessen wird. Bei gegebener Ausbildungsdauer weisen geschiedene Männer den schlechtesten Gesundheitsstand auf, während Witwer ihren Gesundheitsstand ähnlich wie verheiratete Männer einschätzen.

Eindrucksvoll an den Beiträgen zu den Bestimmungsgründen des Gesundheitsstandes ist insbesondere die empirische Überprüfung neuerer theoretischer Erklärungsansätze. Sie zeigen, was Ökonomen und Ökonometriker, aber auch Psychologen und Mediziner zur Analyse des gruppenspezifischen Gesundheitsstandes beitragen können. — Die Folgen schlechter Gesundheit auf

die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen sind Gegenstand der nächsten vier Beiträge.

*Williard Manning, Jr., Joseph Newhouse, John Ware, Jr.*, belegen den Einfluß der verwendeten Gesundheitsindikatoren und des zugrundeliegenden Zeitpunkts der Messung des Gesundheitsstandes auf die Nachfrage nach ambulanten Gesundheitsleistungen. Ihre empirische Analyse basiert auf Befragungen von 1 557 Erwachsenen aus dem ersten Jahr ihrer „Health Insurance Study“. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß umfassendere, insbesondere objektive Indikatoren des Gesundheitszustands die Erklärungskraft dieser Variablen erheblich erhöhen; sie können u. a. eine 10 %ige Erhöhung der Stichprobe ersetzen.

*Robert Shakotka* und *Michael Grossman* untersuchen den Zusammenhang zwischen Gesundheit und Ausbildung für die 10 430 Mädchen und Jungen in den Jahren 1972 bis 1976. Sie können keinerlei Beleg dafür finden, daß eine schlechte Gesundheit die Ausbildung negativ beeinflußt. Weder der Anteil an Studenten ist geringer noch brechen die Jugendlichen mit schlechterem Gesundheitsstand ihre Ausbildung früher ab.

*Lee* und *Alexandra Benham* versuchen, die Wirkung seelischer Erkrankungen auf Beschäftigung und Einkommen der betroffenen Personen zu ermitteln. Anhand von Daten über 434 weiße Männer, die zwischen 1910 und 1930 geboren und zum Teil wegen psychischer Erkrankungen stationär behandelt wurden, ließ sich im Vergleich zu den gesünderen Kontrollpersonen zeigen, daß die seelisch Erkrankten niedrigere Intelligenzquotienten, weniger Schuljahre, kürzere Beschäftigungsdauer und geringeres Einkommen aufweisen.

*David Salkever* ermittelt die Effekte chronischer Erkrankungen von Kindern auf das Arbeitsangebot und das Einkommen ihrer Eltern. Im Vergleich von 2 685 Familien mit behinderten Kindern im Alter von 3 bis 17 und 3 200 Familien mit Kindern ohne derartige Krankheiten ergab sich, daß die Mütter mit behinderten Kindern weniger berufstätig sind und vergleichsweise weniger verdienen. Mit zunehmendem Alter der behinderten Kinder steigt die Lohndifferenz der Mütter, was möglicherweise mit Unterschieden in der Akkumulation des Humankapitals erklärt werden kann.

Die vier Beiträge über die Folgen verschiedener Gesundheitszustände auf die Betroffenen und/oder Beteiligten, die wiederum eindrucksvoll die Möglichkeiten angewandter wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Forschung im Gesundheitswesen zeigen, weisen — wenn auch nur indirekt — Bezüge zur Gesundheitspolitik, also der Allokation von Ressourcen zur Bekämpfung unterschiedlicher Krankheiten, auf, die im Vordergrund der letzten beiden Beiträge steht.

*Donald S. Shephard* und *Richard J. Zeckhauser* diskutieren Probleme, die sich für die Gesundheitspolitik daraus ergeben, daß unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf medizinische Behandlung und gesundheitspolitische Interventionen verschieden reagieren. Diese Heterogenität der Bevölkerung läßt Gerechtigkeitsprobleme entstehen, die angesichts ihrer ethischen Dimensionen nicht allein durch komplizierte Kosten-Wirksamkeits-Analysen gelöst werden können. Die Autoren schlagen als Ausweg den von Rawls vorge schlagenen „original position“-Ansatz vor.

*Theodore Bergstrom* versucht eine effiziente Allokation für die Gesundheitsversorgung aufzuzeigen, indem er die Zusammenhänge zwischen Krankenversicherung, Lebensversicherung, Konsum und Gesundheitsleistungen

analysiert. Der Autor leitet theoretisch optimale Versicherungspläne ab, die dadurch gekennzeichnet sind, daß sie weder alle Leistungen abdecken noch volle Kostenübernahme vorsehen und argumentiert damit in der Tradition von Arrow sowie Nordquist und Wu.

Die hervorragende Einleitung des Herausgebers bettet alle zehn Beiträge, die in ihrer Thematik und Methodik höchst unterschiedlich sind, in einen theoretischen und anwendungsbezogenen Kontext. Dieser Zusammenhang zeigt zugleich die Bedeutung einer eigenständigen und interdisziplinär ausgerichteten Gesundheitsökonomie für die Erkenntnisfortschritte bei den behandelten Problemen. Der Gefahr eines kopflosen Empirismus unterliegt kein Autor dieses beispielhaften Sammelbandes, dem eine Konferenz des National Bureau of Economic Research voranging.

K.-D. Henke, Hannover

*Kraus, Willy: Die Japanische Herausforderung. Fernöstliche Mentalität und Strategie. Duncker & Humblot, Berlin - München 1982. 137 S. DM 36,—.*

Der Autor Willy Kraus, der im Jahr 1979 ein Buch über die wirtschaftliche Entwicklung in der VR China vorlegte, das inzwischen zu den Standardwerken der internationalen Literatur über die Wirtschaft Chinas gehört, befaßt sich in der 1982 von der Adolf-Weber-Stiftung veröffentlichten Schrift mit der Wirtschaft und der Wirtschaftsmentalität Japans. Seine Ziele sind, die Besonderheiten und Ursachen der eindrucksvollen Wirtschaftsexpansion Japans zu untersuchen und dem Leser einsichtig zu machen, daß die japanische Entwicklung weniger als Gefahr verstanden werden dürfe, sondern als Ansporn zu erhöhter Leistung begriffen werden müsse. Dem japanischen Beispiel würden nämlich sehr rasch die sog. Schwellenländer besonders aus Ost- und Südostasien nachfolgen. Die japanische Entwicklung sei daher als Chance anzusehen, die Zeichen der Zeit rechtzeitig zu erkennen und sich auf die zukünftigen Bedingungen der Weltwirtschaft entsprechend einzustellen.

Im ersten Kapitel, in dem Grundlagen und Antriebskräfte der japanischen Wirtschaftsentwicklung untersucht werden, wird dargelegt, daß Japans Übergang von einer rückständigen und autoritären Agrargesellschaft in die industrialisierte Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts aus eigener Kraft, ohne Unterstützung von außen erfolgte. Seither wies die japanische Wirtschaft eine der höchsten durchschnittlichen Zuwachsraten des Sozialproduktes auf. Erreicht wurde das hohe Wachstum durch einen großen Anteil der Investitionen am Volkseinkommen und durch die unvoreingenommene Übernahme aller wissenschaftlich-technischen Errungenschaften des Auslandes, wobei allerdings diejenigen in Kultur und Gesellschaft gewachsenen Normen und Bindungen, die der Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft förderlich sind, beibehalten wurden. Zu recht wird darauf verwiesen, daß es eine der ganz zentralen Leistungen der japanischen Gesellschaft war, die allgemeinen Erfordernisse, die jedes Industriesystem stellt, und die für alle Kulturkreise und Gesellschaftsordnungen verbindlich sind, zu erfüllen und in diesem Zusammenhang bestimmte spezifische sozio-ökonomische Merkmale Japans optimal zu nutzen.

Zu den Besonderheiten der japanischen Wirtschaft und Gesellschaft gehören das historisch entwickelte, gemeinschaftsorientierte Leitbild, das seinen Niederschlag heute in der engen Verbindung von Staat, Wirtschaft und Politik

findet. Wichtig aber ist, daß der Staat nicht die dominierende Rolle einnimmt. Der Staat ebnet die Wege und lenkt durch Informationen und durch Gewährung sowie Entzug von Finanzhilfen. Er überläßt es aber der Wirtschaft, ihre Entscheidungen selbst zu treffen und zwingt sie auf diese Weise, das mit ihren Entscheidungen verbundene Risiko selbst zu tragen. Öffentliche Hilfe erhält nicht der wirtschaftlich Schwache, sondern derjenige, der zur Erfüllung der nationalen Ziele beiträgt, d. h., daß der Strukturwandel — die Verlagerung von Produktionsprozessen in technisch höher entwickelte Bereiche unter Aufgabe veralteter Verfahren und schrumpfender Branchen — durch den Staat gefördert, nicht gebremst wird.

Wie Kraus darlegt, prägt das gemeinschaftsorientierte Leitbild auch die Beziehungen innerhalb der Unternehmen. Das Klassenbewußtsein, das Kapital und Arbeit trennt, tritt hinter dem Gruppenbewußtsein zurück. Die Belegschaft arbeitet gemeinsam für den Fortbestand und den Ausbau des Unternehmens. Besondere Beachtung verdient der Hinweis des Autors, daß die spezifischen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen keineswegs ein unveränderliches Datum waren, sondern bewußt gepflegt wurden. So gibt es ein fein gesponnenes Netz sozialer Verpflichtungen der Belegschaftsmitglieder untereinander, ein innerbetriebliches Tarifsysteem, das denjenigen belohnt, der sich lange und ergeben für die Interessen seines Unternehmens einsetzt, das System des praktisch unkündbaren Stamarbeiters, Betriebsgewerkschaften usw.

Im zweiten Kapitel untersucht Kraus die Technologie- und Industriepolitik Japans, deren bisherige Erfolge ein Indiz für die Richtigkeit des gewählten Weges zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie sind. 1979 lag Japan hinter den USA an zweiter Stelle der OECD-Länder im Hinblick auf die Höhe der Forschungsausgaben. Japan verfügte über mehr Forschungspersonal als die Bundesrepublik, England und Frankreich zusammengenommen. Träger des technologischen Fortschritts sind Firmen und private Institutionen. Ca. Dreiviertel der Forschungsausgaben werden von den Unternehmen selbst, nur ca. ein Viertel vom öffentlichen Haushalt finanziert. Auf Umfang und Richtung der technischen Entwicklung nimmt aber der Staat Einfluß. So identifiziert eine Vielzahl staatlicher Beratungsgremien und Exekutivorgane, die für die Technologiepolitik zuständig sind, die vordringlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Außerdem stehen den Unternehmen umfassende Informationssysteme über die technologische Entwicklung im In- und Ausland zur Verfügung, denen westliche Industrienationen im Hinblick auf Organisation, Quellen- und Datenerfassung nach Ansicht von Kraus nichts annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Nur von untergeordneter Bedeutung ist die Steuerung der technischen Entwicklung durch Zuschüsse, Steuererleichterungen, Sonderabschreibungen, Kredite zu Vorzugskonditionen usw. Viel wichtiger sind indirekte Lenkung und enge Zusammenarbeit zwischen der hochqualifizierten staatlichen Bürokratie, die sich mit den staatspolitischen Aufgaben und Zielen identifiziert, und der Wirtschaft bei der Umsetzung technologischer Zielsetzungen. Kraus verweist in diesem Zusammenhang auf den sehr wichtigen Sachverhalt, daß innerhalb der Betriebe keine fortschritthemmenden Elemente sichtbar sind: Arbeitssparende Verfahren scheitern nicht am Widerstand der Belegschaft, weil Stamarbeiter wegen der faktisch lebenslangen Beschäftigungsgarantie keine Sorge um ihren Arbeitsplatz haben müssen, außerdem ist die Belegschaft über Bonuszahlungen selbst an der Verbesserung des Betriebsergebnisses durch Modernisierungsvorhaben interessiert.

Inzwischen ist der technologische Wandel auch im Bereich der Mittel- und Kleinindustrie unübersehbar. Löhne und Arbeitsproduktivität sind zwar noch deutlich niedriger als in den Großbetrieben, die Abstände haben sich aber in den letzten Jahren verringert. So gibt es inzwischen durchaus kapitalintensive Klein- und Mittelbetriebe. Nach Ansicht von Kraus bleibt indessen das komplexe, stärker durch wirtschaftliche Desintegration als durch vertikale Integration geprägte System von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben unverändert.

Im dritten Kapitel wird untersucht, auf welche Weise die Handelspolitik zu den Wirtschaftserfolgen Japans beitrug. Japan ist nicht ausgesprochen exportorientiert. So wurden im Jahr 1980 12,5 % des Bruttoinlandsproduktes exportiert. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik betrug der entsprechende Anteil 23,4 %. Der Anteil Japans an den Importen der EG betrug im gleichen Jahr 5 %, an den Importen der Bundesrepublik 3 %. Im Handel mit der EG und mit der Bundesrepublik weist Japan einen Aktivsaldo auf. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß Japan seit dem Zweiten Weltkrieg über 20 Jahre lang ein Defizit im Handel mit Europa hinnehmen mußte.

Zu den wichtigsten Gründen für die japanischen Handelserfolge zählt Kraus, daß sich die japanischen Exportprodukte bereits gegen die inländische Konkurrenz in Japan und am ostasiatischen Markt bewährt haben und daß wegen strenger Qualitätskontrollen und Massenproduktion Qualität zu niedrigen Preisen angeboten wird. Kritisch setzt er sich mit einigen gängigen Klischeevorstellungen auseinander. Er nennt gute Gründe dafür, daß die Hauptursache für Japans Wettbewerbsfähigkeit keineswegs im sozialen Dumping zu suchen sei. So sei das Lohnniveau inzwischen kräftig angestiegen. Im Hinblick auf Personalnebenkosten und Urlaubsbedingungen, die immer noch den japanischen Unternehmer begünstigen, stellt der Autor zu recht die Frage, was die objektiv richtigen, international anerkannten Normen für soziale Leistungen seien, und verweist auf den Sachverhalt, daß die Beschäftigung der Stamarbeiter auf Lebenszeit und andere Maßnahmen freiwillige Sozialleistungen sind, die in einem entsprechenden Kostenvergleich zu berücksichtigen wären. Im übrigen verfüge Japan nicht über den „natürlichen Kostenvorteil“ in Form von leicht zu erschließenden Rohstoffquellen.

Die Argumentation von Kraus ist überzeugend, wenn er dem Vorwurf, daß Japan den Yen-Kurs künstlich niedrig halte und zu Lasten Dritter Leistungsbilanzüberschüsse produziere, entgegenhält, daß Japans Interventionen auf dem Devisenmarkt weder vom Weltwährungsfonds beanstandet worden seien noch zu Konsultationen mit der japanischen Regierung führten. Zuzustimmen ist auch, wenn die ausgeprägten Wechselkursschwankungen — z. T. um bis zu 40 % — als Indiz dafür gewertet werden, daß keine Maßnahmen ergriffen wurden, die eine fundamentale Unterbewertung des Yen zur Folge hatten.

Japan gehört inzwischen zu den Industrieländern mit den niedrigsten Zolltarifen. Seine mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen erstrecken sich auf eine geringere Zahl von Produkten als die der EG-Mitgliedsländer. Z. T. restriktiver als Zollbarrieren und Importquoten wirken allerdings die umfangreichen Schutzklauseln. Häufig hängt die Einfuhrgenehmigung davon ab, daß Produktionsbeschreibungen, Herkunft der Zulieferer und Informationen über Fertigungsmethoden vorgelegt werden. Bei der Diskussion über nichttarifäre Handelshemmnisse müsse fairerweise aber auch beachtet wer-

den, daß das in Japan fest verwurzelte Gesundheitsbewußtsein an die heimische Produktion wie an Importeure spezifische Anforderungen stelle. So sind Konservierungsstoffe bei Lebensmitteln in Japan grundsätzlich nicht zugelassen. Auch erschweren die japanischen Abgasbestimmungen den Import von ausländischen Automobilen aus jenen Ländern, deren Emissionsnormen weniger streng gehandhabt werden. Der Ansicht ist zuzustimmen, daß nicht einzusehen sei, weshalb eine sog. Harmonisierung von Standards der Nahrungsmittelhygiene und des Verbraucherschutzes stets eine Anpassung aller an das allerniedrigste Niveau bedeuten müsse und daß dieses fragwürdige Verfahren dann auch noch als „Beseitigung von Handelshemmnissen“ gelten solle.

Ein wesentliches Hemmnis für ausländische Partner sieht Kraus in dem japanischen Warenverteilungssystem, das allerdings — worauf er nachdrücklich verweist — historisch überkommen und keineswegs eigens zur Protektion inländischer Unternehmen entwickelt wurde. Die Sogo Shosha wickeln einen großen Teil des gesamten japanischen Außenhandels ab. Es ist anzunehmen, daß sie Aufträge inländischer Produzenten bevorzugt ausführen, insbesondere dann, wenn diese dem eigenen Unternehmensverbund angehören. Sie werden wohl nichts gegen den Willen japanischer Firmen auf den Markt bringen, mit denen sie laufend in Geschäftsverbindung stehen.

Der Autor untersucht die Rolle Japans in der Welt der Wirtschaftsböcke und geht insbesondere auf die Rolle Japans im Rahmen einer pazifischen Kooperation ein. Abschließend werden Überlegungen dahingehend angestellt, wie der japanischen Herausforderung am besten zu begegnen sei. Möglicherweise werden nicht alle Überlegungen von jedem geteilt werden. Wohl aber sehr ernst zu nehmen ist die Warnung vor einem krämerhaften Feilschen um Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse und der Hinweis darauf, daß es in Anbetracht weltweiter politischer Spannungen und wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht angebracht sein könne, einseitig all das herauszustellen, was Europa und Japan zu trennen scheine. Japan gehöre zu den wenigen Ländern, die sich den Prinzipien des Wettbewerbs und der marktwirtschaftlichen Ordnung verpflichtet fühlen. Man solle daher seinerseits sich wieder der liberalen Tradition Europas und Amerikas bewußt werden. Tüchtige zu bestrafen, sie zum Prügelknaben für eigene Fehler, für Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzdefizite zu machen, müsse als Anachronismus gelten — wenn auch protektionistische Maßnahmen im einzelnen Land kurzfristig und vorübergehend Luft verschaffen könnten. Worauf es ankäme, sei, sich auf das vielfach nicht voll genutzte Innovationspotential sowie auf die unverzichtbaren vernünftigen Prinzipien der Wirtschaftspolitik zurückzubedenken.

W. Klenner, Hamburg

*Felderer, Bernhard: Wirtschaftliche Entwicklung bei schrumpfender Bevölkerung. Eine empirische Untersuchung. Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1983. X, 306 S., 31 Abb. Geb. DM 65,—.*

Industrie- und Entwicklungsländer werden, was die Bevölkerungsentwicklung angeht, offenbar von einigermaßen unterschiedlichen Sorgen bewegt. Auf der einen Seite eine wachsende und im Durchschnitt „junge“, auf der anderen Seite eine schrumpfende und im Durchschnitt „alte“ Bevölkerung. Hier der Mangel an Arbeitsplätzen, dort der voraussehbare Mangel an

Arbeitskräften. Hier die Sorge, ob Konsum- und Investitionsgüterangebot, dort, ob Konsum- und Investitionsgüternachfrage in dem für die Erhaltung oder Herstellung der Vollbeschäftigung erforderlichen Ausmaß wachsen werden. Kurz: Der Furcht vor den negativen Konsequenzen einer dauernden Übervölkerung in vielen Entwicklungsländern steht die Sorge drohender Untervölkerung in vielen Industrieländern gegenüber. In beiden Fällen sind es dramatische demografische Verschiebungen — Senkungen der Sterbeziffern bei nicht im gleichen Maße sinkenden Geburtenziffern in den Entwicklungsländern, Senkungen der Geburtenziffern bei nicht oder kaum mehr sinkenden Sterbeziffern in den Industrieländern —, die solche Befürchtungen und Forderungen nach bevölkerungspolitischer Aktivität auslösen. Die Konzeption des demografischen Übergangs — die Hypothese also, im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung würde die Bevölkerungswachstumsrate in einer ersten Phase aufgrund sinkender Sterbeziffern steigen, in einer zweiten Phase aufgrund sinkender Geburtenziffern sinken — stellt zwar für die Probleme der wachsenden, nicht aber für die der schrumpfenden Bevölkerung eine langfristige Lösung in Aussicht. In der schlichtesten Version dieser Konzeption ist die Bevölkerungswachstumsrate in der Vor- wie in der Nachindustrialisierungsphase gleich Null: Das Bevölkerungswachstum ist ein vorübergehendes Phänomen. Einmal davon abgesehen, daß die Bevölkerungszahl auf lange Sicht nie und nirgends konstant war: Welcher Mechanismus sollte in den Industrieländern auf eine Angleichung der durchschnittlichen Geburten- und Sterbeziffern, auf eine Bevölkerungswachstumsrate von Null, eine Nettoerproduktionsrate von eins hinwirken? Individuelle Entscheidungen über die Kinderzahl werden im allgemeinen — in markt- wie in planwirtschaftlich, kapitalistisch oder sozialistisch organisierten Ländern — nicht an einer aus welchen Gründen immer für wünschenswert genommenen Größe, Wachstumsrate oder Altersstruktur der gesamten Bevölkerung orientiert, und es ist auch kein Mechanismus, kein System von positiven und negativen Anreizen sichtbar, das die generativen Entscheidungen der Individuen so steuert, daß eine stationäre Bevölkerung das Ergebnis wäre. Jedenfalls hat der demografische Prozeß in den meisten Industrieländern nicht bei einer Nettoerproduktionsrate von Null Halt gemacht. Er ist womöglich überhaupt noch nicht abgeschlossen, zumindest ist nicht abzusehen, daß, wann und warum sich die demografische Entwicklung in absehbarer Zeit wieder umkehren sollte. Aber selbst wenn die Nettoerproduktionsrate in der BRD von ihrer gegenwärtigen Höhe von  $R = 0,63$  (was einer langfristigen Bevölkerungsschrumpfungsrates von ungefähr 0,01 entspricht) auf den für langfristige Konstanz der Bevölkerungszahl erforderlichen Wert von  $R = 1,0$  steigen würde, so wäre doch für eine Zeitspanne von rund 70 Jahren mit einer Fortdauer der Bevölkerungsschrumpfung zu rechnen. Das Problem der Bevölkerungsschrumpfung bleibt also auch dann aktuell, wenn steigende Geburtenziffern die Nettoerproduktionsrate in naher oder ferner Zukunft wieder auf  $R = 1,0$  steigen lassen. Gemessen daran ist die Zahl der Veröffentlichungen, die den Versuch unternehmen, die wirtschaftlichen Konsequenzen der Bevölkerungsschrumpfung in systematischer Weise zu diskutieren, nicht eben klein. Hier setzt das Buch von *Felderer* an.

Im ersten Kapitel „Entwicklungstendenzen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland“ (S. 4 - 40) präsentiert *Felderer* Statistiken über die Entwicklung von Geburten-, Sterbe- und Nettoerproduktionsraten in der BRD und in anderen (westlichen und östlichen) Industrieländern. Es folgt ein Überblick über die Versuche zur Erklärung dieser Wende von positiven

zu negativen Nettoreproduktionsraten: (1) Biologische Ansätze, die menschliches Verhalten in Analogie zu dem tierischer Populationen erklären, und die abnehmende Geburtenrate mit zunehmender Bevölkerungsdichte in Verbindung bringen. (2) Demo-ökonomische Ansätze, die das analytische Instrumentarium der mikroökonomischen Theorie zur Erklärung der gesunkenen Geburtenziffern heranziehen. Die optimale Kinderzahl wird in dieser Interpretation im Rahmen eines Nutzenmaximierungskalküls festgestellt, und sie ändert sich mit dem Präferenzsystem und der Bilanzrestriktion. Die abnehmende Bedeutung der intra-familialen Altersversorgung, die relative Verteuerung der Lebenshaltung großer gegenüber der kleiner Familien, die steigende Ausbildungsdauer und die durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen gestiegenen Opportunitätskosten der Betreuung und Erziehung von Kindern lassen in dieser Sicht die optimale Familiengröße sinken. Damit sind sicher wichtige Ursachen der gesunkenen Geburtenziffern angesprochen. Eine operationale Theorie des generativen Verhaltens freilich liefern diese Modelle nicht. Bevölkerungsprognosen auf der Grundlage dieser Ansätze blieben bloße Spekulation. Darum versucht Felderer, durch Modellrechnungen auf der Basis der Zahlen für 1977 ein Urteil über denkbare Entwicklungen der Bevölkerungszahl und -struktur von 1977 bis 2070 zu gewinnen. Er vergleicht vier Fälle: erstens, die Nettoreproduktionsrate bleibt in Höhe von  $R = 0,63$  konstant; zweitens, sie kehrt 1980, drittens, sie kehrt 2000 und viertens, sie kehrt 2030 auf die Höhe  $R = 1,0$  zurück. Die Erhöhung der Nettoreproduktionsraten wird in allen drei Fällen durch lineare Erhöhungen der altersspezifischen Geburtenziffern bei Konstanz der altersspezifischen Sterbeziffern verursacht. Dabei nimmt Felderer die Konstanz des ausländischen Bevölkerungsteils an. Ergebnis seiner Modellrechnungen: Bei Konstanz der Nettoreproduktionsrate in Höhe von  $R = 0,63$  hat die Bevölkerung der BRD im Jahre 2070 eine Höhe von 22,2 Mio., und eine Erhöhung der Nettoreproduktionsrate auf  $R = 1,0$  in den Jahren 1980, 2000, 2030 impliziert unter den getroffenen Annahmen eine Bevölkerungszahl von 57,4, 41,4, 27,9 Mio. Bei Konstanz der altersspezifischen Erwerbsquoten von 1977 sind die entsprechenden Erwerbstätigenzahlen im Jahre 2070 10,0, 26,0, 18,7, 12,2 Mio. Das Faktum der steigenden Frauenerwerbsquoten versucht Felderer durch entsprechende Alternativrechnungen zu berücksichtigen. Am Ende des ersten Kapitels diskutiert Felderer die bekannten Modelle der optimalen Bevölkerungsgröße. Mit Recht weist er darauf hin, daß ein Maximum des Pro-Kopf-Einkommens nur bei entsprechenden Eigenschaften der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion existiert, und daß die das Pro-Kopf-Einkommen maximierende Bevölkerungszahl nur in Abwesenheit des technischen Fortschritts konstant ist.

Im zweiten Kapitel „Gesamtwirtschaftliche Nachfrage und schrumpfende Bevölkerung“ (S. 41 - 53) diskutiert *Felderer* die aus den dreißiger Jahren bekannte keynesianische These, eine schrumpfende Bevölkerungszahl impliziere wegen steigender Spar- und sinkender Investitionsneigung einen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall. Felderer demonstriert anhand von Querschnittsdaten, daß zwischen Altersstruktur und gesamtwirtschaftlicher Sparquote kein signifikanter Zusammenhang besteht. Nicht die Konsumquote, die Konsumstruktur variiert mit der Altersstruktur nach Maßgabe der Unterschiede in den altersspezifischen Konsumprofilen. Auch dieser Zusammenhang ist nach Felderer schwach. Im dritten Kapitel „Zunehmende Grenzerträge des Faktors Arbeit bei schrumpfender Bevölkerung?“ (S. 54 -

62) beschäftigt sich Felderer mit der Frage, ob die begrenzte Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, wie in den klassischen und neo-malthusianischen Szenarien unterstellt, unter sonst gleichen Umständen bei wachsender Bevölkerung auf eine Senkung, bei schrumpfender Bevölkerung auf eine Erhöhung der Grenzproduktivität der Arbeit hinwirkt. Es hätte nahegelegen, dieses Problem über die Schätzung einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion anzugehen, in der nicht nur der Arbeits- und Kapital-, sondern auch der Ressourceneinsatz explizit erfaßt wird. Felderer wählt statt dessen den Weg einer indirekten Beweisführung: Aus der relativen Verbilligung der Rohstoffe in der Vergangenheit (Ausnahme: die durch das OPEC-Kartell herbeigeführte relative Verteuerung des Erdöls) zieht er den Schluß, daß die erforderlichen Anbauflächen und Abbaumengen in Zukunft, bei schrumpfender statt wachsender Bevölkerung, erst recht und ohne relative Verteuerung verfügbar sein werden.

Im vierten Kapitel „Das Problem der Skalenerträge“ (S. 63 - 101) untersucht *Felderer* den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und gesamtwirtschaftlichen Größenvorteilen. Die empirische Trennung von Substitutions-, Skalen- und Fortschrittsffekten erfordert die Schätzung einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion mit entsprechenden Parametern. Felderer entscheidet sich für die allgemeine Form der CES-Funktion. Die Schätzung einer entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion beruht auf der Annahme, es stimmten die realen Faktorpreise mit den partiellen Grenzproduktivitäten, die funktionellen Einkommensquoten ergo mit den partiellen Produktionselastizitäten überein. Auf dieser Grundlage kommt Felderer zu dem Ergebnis, die Summe der partiellen Produktionselastizitäten, die Niveauelastizität habe für die BRD eine durchschnittliche Höhe von rund 1,15, die Skalenelastizität also eine Höhe von rund 0,15. Dieses Ergebnis impliziert, daß eine schrumpfende im Vergleich zur wachsenden Bevölkerung unter sonst gleichen Umständen Größenverluste statt Größengewinnen realisiert. Das Verfahren, das Felderer zu diesem Ergebnis führt, ist freilich umstritten: Selbst wenn man die neoklassische Konzeption einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion und die Trennung von Substitutions-, Skalen- und Fortschrittsffekten akzeptiert, so bleibt doch die Annahme, das Grenzproduktivitätsprinzip habe auch bei positiven Skaleneffekten Gültigkeit, unannehmbar. Dies einfach darum, weil bei einer Niveauelastizität größer ein, bei einer Skalenelastizität größer Null die Summe der funktionellen Einkommensquoten größer als eins wäre, wenn die realen Faktorpreise mit den partiellen Grenzproduktivitäten, die Faktorquoten also mit den partiellen Produktionselastizitäten übereinstimmen würden. Grenzproduktivitätsprinzip und positive Skaleneffekte sind ganz einfach befremdliche Bettgenossen. In den folgenden Kapiteln verzichtet Felderer denn auch auf diese Annahme.

Im fünften Kapitel „Technischer Fortschritt und Rückgang der Bevölkerungszahl“ (S. 102 - 141) diskutiert *Felderer* die These, Bevölkerungswachstum und Rate des technischen Fortschritts seien positiv verknüpft. Dabei wird teils auf die Bedeutung der Bevölkerungszahl, teils auf die der Altersstruktur der Bevölkerung abgestellt. Eine positive Beziehung zwischen Bevölkerungszahl und technischem Fortschritt stellt auf Quasi-Skaleneffekte ab: Wo mehr Menschen arbeiten, wo mehr Güter hergestellt werden, da fallen nach dieser Auffassung auch mehr technische Neuerungen an. Und: Große Unternehmungen, große Staaten finden es leichter, Großforschung zu betreiben. Eine positive Beziehung zwischen der Altersstruktur

der Bevölkerung und der Fortschrittsrate stellt auf altersspezifische Differenzen im Produktivitäts-, Kreativitäts- und Mobilitätsniveau ab. Felderer unternimmt es, altersspezifische Mobilitätsunterschiede mit Hilfe einer „Mobilitätskennzahl“ zu schätzen. Er findet keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Altersstruktur und Mobilität. Eine ganz andere Frage ist, ob sinkende Geburtenraten ebenso wie die von Felderer als langfristige Tendenz (genommene) Senkung der Fortschrittsrate Manifestationen eines tieferliegenden, weiterreichenden Wandels der sozialen Normen sind, der Heraufkunft einer kollektiven Mentalität, die dem Konsum gegenüber der Investition, der Gegenwart gegenüber der Zukunft, der Sicherheit gegenüber dem Wagnis, dem Genuß gegenüber dem Verzicht den Vorrang gibt. Vorderhand sind solche Thesen freilich das Ergebnis sozialpsychologischer und -philosophischer Spekulationen, deren Relevanz oder Irrelevanz zu beurteilen Ökonomen schlecht ausgerüstet sind. Felderer hält sich an dieses Faktum.

Im sechsten Kapitel „Schrumpfende Bevölkerung und Wirtschaftswachstum im Simulationsmodell“ (S. 142 - 195) präsentiert *Felderer* die Ergebnisse dreier Modellberechnungen der Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens in der BRD in Abhängigkeit von Höhe und Veränderung der Fortschrittsrate. Modell I unterstellt für den Simulationszeitraum eine konstante Fortschrittsrate  $f = 0$ , Modell II eine in der Zeit sinkende Fortschrittsrate  $f_t = (1 - 0,01) f_{t-1}$  und Modell III eine konstante Fortschrittsrate  $f = 0,0265$ . In allen drei Modellen werden die oben erwähnten demographischen Varianten — also: Konstanz der Nettofortproduktionsrate in Höhe von  $R = 0,63$ ; Rückkehr der Nettofortproduktionsrate auf die für die langfristige Konstanz von Bevölkerungszahl und Altersstruktur erforderliche Höhe  $R = 1,0$  im Jahre (a) 1980, (b) 2000 und (c) 2030 — durchgespielt. Je früher die Nettofortproduktionsrate zum Wert  $R = 1,0$  zurückkehrt, um so höher wegen der unterstellten Eigenschaften der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion das Pro-Kopf-Einkommen am Ende des Simulationszeitraums, also im Jahre 2070. Freilich wirken die Variationen der Fortschrittsrate sehr viel stärker auf die Modellergebnisse ein als die durch Veränderungen der Nettofortproduktionsrate ausgelösten Skaleneffekte.

Im siebten Kapitel „Öffentliche Einnahmen und Ausgaben bei schrumpfender Bevölkerung“ (S. 196 - 224) untersucht *Felderer* den mutmaßlichen Einfluß der Bevölkerungsschrumpfung auf Staatseinnahmen, Staatsausgaben und Staatsverschuldung. Mit Hilfe altersspezifischer Steuerquoten versucht er, die Entwicklung der Einnahmen aus direkten, mit Hilfe altersspezifischer Konsumstrukturen die der Einnahmen aus Verbrauchssteuern einzuschätzen. In beiden Fällen zeigt sich kein nennenswerter Einfluß der Bevölkerungsschrumpfung auf die gesamtwirtschaftliche Steuerquote. In seinen Überlegungen zur Staatsverschuldung diskutiert *Felderer* verschiedene „Lastverschiebungsmodelle“. Es versteht sich, daß eindeutige Aussagen über den Einfluß der Bevölkerungsschrumpfung auf die Inter-Generationen-Verteilung von Einkommen und Vermögen so lange nicht anfallen, wie unklar und umstritten ist, ob, wie und inwieweit die Staatsverschuldung überhaupt intertemporale Verteilungseffekte hat. In Hinsicht auf den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsschrumpfung und Staatsausgaben äußert *Felderer* Zweifel, daß es möglich sein könnte, den Apparat der staatlichen Infrastruktur im Gleichschritt mit der Entwicklung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur der Bevölkerung ab- und umzubauen.

Im achten und letzten Kapitel „Rentenversicherung und Krankenversicherungssystem bei schrumpfender Bevölkerung“ (S. 225 - 279) kommt *Felderer*

unter Verwendung altersspezifischer Versicherten- und Rentnerquoten zu dem aus ähnlichen Untersuchungen geläufigen Ergebnis, daß der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung der BRD in allen durchgerechneten Modellvarianten dann dramatisch steigen müßte, wenn das jetzige Rentenniveau beibehalten würde. Felderer plädiert dafür, nicht nur den Beitragssatz sondern auch den Bundeszuschuß zu erhöhen, und diese zusätzlichen Ausgaben, soweit sie nicht durch Einsparungen beim Familienlastenausgleich ausgeglichen werden, durch Steuererhöhungen zu decken. Interessant sein Vorschlag, nicht nur die Steuer- sondern auch die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung an der Familiengröße zu orientieren. Im letzten Abschnitt des Buches untersucht Felderer den Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung; wie in der gesetzlichen Rentenversicherung signalisieren die Modellrechnungen unter sonst gleichen Umständen steigende Lasten und damit steigende Beitragssätze.

Monografien, Aufsätze und Gutachten, die sich mit einzelnen Aspekten der Bevölkerungsschrumpfung befassen, existieren in Fülle. Nach Kenntnis des Rezensenten bietet keine dieser Publikationen eine vergleichbare Darstellung und Beurteilung der gängigsten Argumente und Gegenargumente. Natürlich kann man, wenn man will, an der Auswahl und Anordnung des Stoffs, an den Annahmen der Simulationsmodelle, an der Gewichtung dieser oder jener Tatsache, des einen oder anderen Arguments Kritik üben. Dies ändert freilich daran nichts, daß mit diesem Text eine kompakte, nüchterne und schlüssige Analyse der denkbaren Ursachen und Auswirkungen einer anhaltenden Bevölkerungsschrumpfung vorgelegt wird, die auch den Nichtökonomern zu erreichen weiß.

G. Schmitt-Rink, Bochum

*Teichmann, Ulrich: Der Entscheidungsprozeß in der Wirtschaftspolitik (Erträge der Forschung, 197). Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1983. 135 S. DM 30,50 (für Mitglieder DM 18,—).*

Der Autor stellt sich die Aufgabe, den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß in pluralistischen Demokratien zu beschreiben und die dabei auftretenden Widersprüche zwischen Sacherfordernis und Wählerorientierung aufzuzeigen. Im 1. Kapitel werden die Sichtweisen der traditionellen, theoretischen Wirtschaftspolitik, der Politischen Ökonomie (inklusive des neo-marxistischen Ansatzes) und der ökonomischen Theorie der Demokratie (Neue Politische Ökonomie/Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik) näher erläutert. Während noch vor wenigen Jahren die Ziele der Wirtschaftspolitik als gegeben angesehen wurden und nach dem Mitteleinsatz zur bestmöglichen Zielerreichung gesucht wurde, schließt die Politische Ökonomie die Erörterung der Ziele in die Diskussion mit ein. Die Trennung zwischen Politik und Wirtschaft wird aufgehoben; die Durchsetzungschancen wirtschaftspolitischer Maßnahmen im politischen Entscheidungsprozeß werden in die Betrachtung mit einbezogen. In der ökonomischen Theorie der Demokratie wird das Gewicht der wirtschaftspolitischen Ziele als Ausdruck des Wettbewerbs von Parteien um die Stimmen der Wähler gesehen. Neben den Wählern werden eine Reihe anderer Akteure im wirtschaftspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß berücksichtigt: Der Staat in seiner Funktion als Ordnungsinstanz und als Prozeßsteuerer, die selbständige Zentralbank, die auto-

nomen Tarifverbände und weitere Interessengruppen sowie das Ausland (Kapitel 2). Im Anschluß daran (3. Kapitel) werden die Ziele der Wirtschaftspolitik — konjunkturelle Stabilität, d. h. Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanzausgleich, ausgewogenes Wachstum, gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung und Beteiligung an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen — diskutiert und ihr Gewicht abgeleitet, das sich im wirtschaftspolitischen Prozeß ergibt.

Im Aufbau des Buches ist folgende Inkonsistenz festzustellen: Zunächst weist der Autor darauf hin, daß in der ökonomischen Theorie der Demokratie die Vorstellung einer gemeinwohlorientierten Politik aufgegeben wird. In den folgenden Ausführungen wird allerdings wieder auf traditionelle Weise vorgegangen: Die Ziele der Wirtschaftspolitik werden aus den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand abgeleitet; es wird auf eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion zurückgegriffen. Die Mängel eines solchen Ansatzes sind in der Literatur schon vielfach dargelegt worden; die verschiedenen Aspekte werden z. B. von *Riker*\* behandelt und hervorgehoben. In der Neuen Politischen Ökonomie oder der ökonomischen Theorie der Demokratie wird das ökonomische Verhaltensmodell zugrundegelegt, d. h. es wird davon ausgegangen, daß Regierung, Parlament, Parteien, und alle anderen Entscheidungsträger im wirtschaftspolitischen Prozeß ihre eigenen Interessen verfolgen, unter Berücksichtigung der finanziellen und institutionellen Einschränkungen. Damit hat kein Entscheidungsträger ein Interesse daran, die gesellschaftliche Wohlfahrt zu maximieren. Vielmehr ist in Analogie zu dem Konzept der Konsumentensouveränität auf dem Markt auch im politischen Prozeß darauf zu achten, daß sich die Präferenzen der Individuen bestmöglich durchsetzen. Es gibt kein Abwägen zwischen ökonomischem Sacherfordernis und Wählerorientierung. Beurteilungskriterium für die Wirtschaftspolitik ist nicht mehr der Erreichungsgrad von Zielvorgaben bzw. das Ergebnis. Vielmehr rückt der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozeß selbst in den Mittelpunkt der Betrachtung. Eine Auseinandersetzung mit dem Entscheidungsprozeß in der Wirtschaftspolitik aus diesem Blickwinkel, d. h. im Hinblick auf die Berücksichtigung individueller Präferenzen, sucht man in dem vorliegenden Büchlein allerdings vergeblich. Zwar wird auf den Preismechanismus als optimales Steuerungsinstrument verwiesen. Den Problemen des Marktversagens und der Unvollkommenheiten im politischen Entscheidungsprozeß (u. a. im Zusammenhang mit dem Angebot an öffentlichen Gütern und deren Finanzierung) wird demgegenüber nach Meinung des Rezensenten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Büchlein ist auf den Entscheidungsprozeß in pluralistischen Demokratien gerichtet (zumindest ist dies auf der Rückseite des Umschlages vermerkt). Es verwundert daher, daß immer wieder auf den Entscheidungsprozeß in Planwirtschaften Bezug genommen und der Preismechanismus in der Marktwirtschaft dem Entscheidungsmechanismus in der zentral gelenkten Wirtschaft, in der die alleinige Entscheidungskompetenz beim Staat (d. h. beispielsweise beim Politbüro) liegt, gegenübergestellt wird. Auch in diesem Zusammenhang wäre eine stärkere Ausrichtung auf die Probleme und die Entscheidungsträger (z. B. auch die öffentliche Verwaltung) in der (sozialen) Marktwirtschaft wünschenswert gewesen.

H. Weck-Hannemann, Zürich

---

\* *William H. Riker, Liberalism Against Populism. A Confrontation Between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice, San Francisco 1982.*

*Bombach, Gottfried/Bernhard Gahlen/Alfred E. Ott* (Hrsg.): Makroökonomik heute: Gemeinsamkeiten und Gegensätze. (Schriftenreihe des Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren, Bd. 12.) Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1983. X, 481 S. Ln. DM 120,—.

Gegenwärtig ist das bislang festgefügt scheinende Gebäude der Makrorelationen ins Wanken geraten. Die Neue Makroökonomik knüpft zwar an altbekannte Fragestellungen nach Harmonie und Disharmonie, nach Gleichgewichtskriterien und ungleichgewichtigen Anpassungsprozessen an, nimmt aber kontroverse Positionen bezüglich der paradigmatischen Anwendungen der ihr zugehörigen Theoriekerne ein. Auffällig stehen sich die monetaristisch geprägte Neue Klassische Makroökonomik und die nach mikroökonomischer Fundierung suchende Neue Keynesische Makroökonomik gegenüber. Zeichnet sich ein Paradigmawechsel ab, werden wir auf längere Zeit mit dem Friktionenparadigma auf der einen, dem Marktversagensparadigma auf der anderen Seite leben müssen, oder ist die „Krise der Nationalökonomie“ überwindbar, indem eine Synthese beider Ansätze geschaffen wird? Das ist die Frage, die *G. Bombach* in seinem Einführungsreferat „Makroökonomik: Streit der Schulen oder Synthese?“ zur Herbsttagung 1982 des Seminars Ottobeuren in den Vordergrund rückt. Sein Beitrag dient der Einstimmung der Seminarteilnehmer, deren Vorträge und Diskussionsergebnisse zum Thema „Makroökonomik heute“ von den Herausgebern als Band 12 der Schriftenreihe des Seminars vorgelegt werden.

Den einleitenden Betrachtungen von *Bombach* (Teil I) folgt im Teil II: „Aktuelle Zielkonflikte“ zunächst eine Situationsanalyse ausgewählter Länder, zu der *A. E. Ott* einen instruktiven, in der Argumentation überzeugenden Beitrag zur Struktur der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland beisteuert und *G. Tychi* eine Beurteilung der österreichischen Wirtschaftspolitik vornimmt, die als Austro-Keynesianismus mit monetaristischem Einschlag gekennzeichnet wird. *R. H. Hennings* nimmt zur „Wirtschaftslage in Großbritannien“ Stellung. Ein abschließendes Urteil über die dort praktizierte Angebotspolitik scheint ihm verfrüht, kurzfristig ist mit der Reduzierung der realen Geldmenge ein Rückgang von Produktion und Beschäftigung verbunden, wie weit langfristig Erfolge erzielt werden, hängt seiner Meinung nach vom Durchschlagen institutioneller Reformen, vor allem der Arbeitsmarktverfassung, ab.

Der dritte Teil des Bandes ist der Diskussion der Theoriekerne der beiden Schulen gewidmet. Er bietet dem Leser, soweit er mit den Instrumenten der Wirtschaftstheorie an sich vertraut ist, eine ausgezeichnete Darstellung der unterschiedlichen Ansatzpunkte und kontroversen Erklärungsansätze. Auf die „Gegensätze und Gemeinsamkeiten“ dieser Ansätze geht *H. Schelbert* ein. Sie macht deutlich, daß mit der unterschiedlichen Beurteilung der Stabilität des privaten Sektors schon die Weichen für die Ausformulierung der Modellkonstrukte gestellt sind, daß die damit verbundene Verkürzung gegenüber der Realität zugleich aber auch ihre Anwendbarkeit beschränkt. Auf Friktionen fixierte Modelle lösen keine Konjunkturprobleme, Rationierungsmodelle ohne Preissetzung sind noch kein überzeugender Ersatz für den Walrasschen Auktionator. Die Ansicht *Schelberts*, daß nicht das Geld schlechthin die Ursache von Koordinationsschwierigkeiten in der Wirtschaft ist, vielmehr von der monetären Seite Komplikationen in der Signalverarbeitung ausgehen, verdient Zustimmung. Man wird ihr auch darin beipflichten, daß beide, die Neue Klassische und die Neue Keynesische Makroökonomik,

für „unterschiedliche Szenarien“ konstruiert sind und demnach nicht unmittelbar als Grundlage für ein stets „richtiges“ wirtschaftspolitisches Programm benutzt werden können.

Die im Referat von Schelbert herausgearbeiteten Grundströmungen werden in den folgenden Aufsätzen von verschiedenem Blickwinkel aus weiter ausgeleuchtet. *U. Schlieper* nimmt sich der temporären Gleichgewichte an. Er zeigt, daß Keynessche und klassische Arbeitslosigkeit sowie die zurückgestaute Inflation nicht nur eine Erweiterung der Theoriediskussion gegenüber Walrasschen Marktäumungsvorstellungen gebracht haben, sondern auch dem Unterbeschäftigungsgleichgewicht eine breitere theoretische Basis geben, die der gewünschten stärkeren mikroökonomischen Absicherung der Makroökonomie entgegenkommt. In der Diskussion wurde allerdings seiner Meinung, daß monopolistische Preissetzung als Rationierungsgleichgewicht aufgefaßt werden darf, widersprochen. Jedoch kommt man nicht daran vorbei, nach Wegen zu suchen, die es erlauben, neben Informationsmängeln auch die beschränkte Konkurrenz in Ungleichgewichtsmodelle aufzunehmen. Deutlich unterstreicht dies *J. Ramser* in seiner Untersuchung über die Lohn-Preis-Dynamik anhand eines Modells mit Mengenerationierung bei ausgeglichenem Geldmarkt. So lange in einem solchen Modell kompetitives Verhalten unterstellt wird, bei dem der Abbau von Überschußnachfrage preissetzende Strategien ausschließt, bleiben die Anpassungen regimegebundene, unvollständige Information sowie Transaktionskosten berücksichtigende Sequenzen, für die eine befriedigende, marktstrukturelle Überlegungen einschließende mikroökonomische Untermauerung noch nicht gelungen ist.

Die monetaristische Position ist ohne die Theorie der Erwartungen nicht verstehbar. Mit letzterer befassen sich die Beiträge von *M. J. M. Neumann*, *H. Frisch* und *H. Riese*. Während Neumann die kurzfristigen Wirkungen monetärer Impulse diskutiert und darlegt, wie aus monetaristischer Sicht Erwartungskorrekturen zustande kommen, die über Lernprozesse das System bei Nicht-Neutralität des Geldes stabilisieren, stellt Frisch auf die „Politikineffektivität bei rationalen Erwartungen“ ab. Er zeigt unter Rückgriff auf Modelle von Lucas, Sargent, Wallace u. a., daß ineffektive Geldpolitik nicht mit rationalen Erwartungen zu erklären ist, daß vielmehr auf Preisrigiditäten zurückgegriffen werden muß, um reale Effekte begründen zu können. Aber selbst bei perfekter Preisflexibilität ist Wirkungslosigkeit monetärer Politik nur dann festzustellen, wenn eine ganz spezielle Form der Erwartungsbildung vorausgesetzt wird. Riese setzt sich ebenfalls kritisch mit der Neoklassizitätstheorie und der Theorie rationaler Erwartungen auseinander, insbesondere mit deren fehlender präferenztheoretischen Absicherung bevor er versucht, den Ansatz rationaler Erwartungen in das Keynes-Modell zu integrieren. Über rationale Erwartungen ist jedenfalls die Grenzziehung zwischen neoklassischer und Keynesscher Ökonomie nicht möglich. Ihre Einbeziehung in den Lohn-Preis-Mechanismus im Sinne Keynesscher Tradition unterstreicht nach Riese die Wirksamkeit der Nominallohnpolitik, weil sie die Inflationserwartungen der Produzenten drückt und so erst die Wirtschaftspolitik in die Lage versetzt, die passenden Zinssignale zu geben.

Im Teil IV werden „Spezialprobleme und empirische Studien“ behandelt. Es würde zu weit führen, in der Rezension allen angeschnittenen Fragen nachzugehen. Neben ökonometrisch-methodologischen Prüfkriterien (*P. Kugler*) werden sowohl für Modelle vom Keynes-Typ wie für monetaristische Ansätze Schätzprobleme und -ergebnisse vorgelegt, so von *H. Gerfin*

für die Phillips-Kurve, die Reallohnentwicklung und die Beschäftigungsfunktion bei Berücksichtigung von Regimewechsel und von H. König über extrapolative und rationale Erwartungen. A. J. Buck und B. Gahlen referieren über „Relative Preise, Inflation und gesamtwirtschaftliche Aktivität“. Sie weisen eine hohe positive Korrelation zwischen der Inflationsrate und der Variabilität der relativen Preise nach und zeigen, daß eine hohe Variabilität die Produktion negativ beeinflusst. Die Mengeneffekte inflationärer Preisentwicklung schließlich sind unterschiedlich, die voll antizipierte Inflationsrate wirkt negativ, die unerwartete Inflation dagegen positiv auf die Produktion. Auch die in diesem Zusammenhang beigesteuerten Korreferate von F. R. FitzRoy über die Suchkosten einer vollständig erwarteten Inflation und von F. Rahmeyer über Mengen- und Preisreaktionen bei Nachfrageänderungen bieten interessante Einsichten in das noch wenig erschlossene Gebiet temporärer Preisanpassungen bzw. zyklischer Stagflationserscheinungen. Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Untersuchung von R. Linde über Lohn-Leistungs-Interdependenzen mit Anreizwirkungen über die Besteuerung bei Zeitlöhnen und nachweisbaren beschäftigungswirksamen Effekten der öffentlichen Ausgaben bei Prämienlöhnen, sowie die von R. Pohl, der aufzeigt, daß im segmentierten Arbeitsmarkt mit partieller Kollektivierung die Elastizitätsrelationen darüber entscheiden, ob die „Walras-Institutionen“, d. h. eine auf Markträumung ausgerichtete Marktverfassung, dominieren und welche speziellen Voraussetzungen für Mobilität und Arbeitsangebot gegeben sein müssen, damit diese Dominanz wirksam wird.

Im Schlußteil des Bandes sind die Ergebnisse der Generaldiskussion, die an ein Referat von E. Streißler: „Stagnation — Analyse und Therapie“ anschließt, zusammengefaßt worden. Streißler versteht unter Stagnation ein hinter der Arbeitsproduktivität zurückbleibendes Wachstum mit depressiven Phasen. Das Keynesche Instrumentarium ist durchaus geeignet, derartige Erscheinungen der Wirtschaftsentwicklung einzufangen. Die sequenzielle Gleichgewichtsanalyse mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten auf Geld- und Gütermärkten erfaßt die Entstehung von Stagnation richtig: Investitionsausfall ohne Kompensation durch andere Nachfragekomponenten zieht Arbeitslosigkeit nach sich. Die Therapiemöglichkeiten sind jedoch beschränkt. Langfristig greift Nachfragepolitik nicht, kurzfristig nur bei Senkung der realen Zinsen, was aber wegen internationaler Verflechtungen meistens nicht möglich ist. Auch die Rationierungsmodelle bieten nur eine elegantere Erklärung der Abwärtsbewegung an, keinen praktikablen Therapievorschlag. Modelle der Neuen Makroökonomik, die auf preissetzendes Verhalten und Informationsmängel abstellen, zeigen, wie unsichere Erwartungen über Kosten- und Nachfrageentwicklung auf die Produktion durchschlagen, wegen erhöhten Risikos die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals senken und somit Stagnationstendenzen verstärken. Die einzelnen Theoriekonstrukte, gleichgültig aus welcher Richtung sie stammen, ergänzen sich also hinsichtlich der Ursachenerklärung. Kurzfristig wirksame Therapien bieten alle genannten Ansätze nicht. Jedoch können rationale Erwartungen zu einer Wirkungsverstärkung politischer Instrumentvariablen beitragen, wie nach Streißler überhaupt nur die Stützung und Stärkung des technischen Fortschrittes, zusammen mit dem Abbau staatlicher Wirtschaftshemmnisse, die Stagnation zu überwinden vermögen, eine Politik, die allerdings nur auf sehr lange Sicht erfolgreich sein kann.

Streißlers Analyse findet in der Diskussion weitgehend Zustimmung. Die gegenwärtige Lage ist durch mangelnde Anpassungsfähigkeit an strukturelle

Wandlungen, begleitet von pessimistischen Grundhaltungen der Wirtschaftssubjekte, gekennzeichnet. Vertrauen in die von der Neuen Klassischen Makroökonomik in den Vordergrund gerückten hohen Anpassungsfähigkeit des Systems ist nicht gerechtfertigt, auch die Neue Keynesische Makroökonomik ist nicht in der Lage, auf alle offenen Fragen eine befriedigende Antwort zu geben. Jedoch reicht das im Anschluß an Keynes entwickelte Instrumentarium aus, die Reaktionen der Investoren auf Veränderungen des Realzinses zu durchschauen, Arbeitsmarkt und Gütermarkt als Käufermärkte zu klassifizieren, so daß zu Recht von Keynescher Arbeitslosigkeit ausgegangen werden kann. Man ist sich einig darin, daß keines der diskutierten Grundmodelle genügt, um ein abgesichertes wirtschaftspolitisches Programm zu entwerfen. Kurzfristige Nachfragestützung ist aber ein geeignetes Mittel zum Abbau Keynescher Arbeitslosigkeit, soweit dabei Kosten gesenkt und Investitionshemmnisse beseitigt werden. Eine derartige kurzfristig orientierte Nachfragepolitik muß aber mit einem langfristigen Konzept harmonisieren, das vornehmlich das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit, die Zuversicht auf Anpassungsfähigkeit und Erreichbarkeit ausgeglichener Wirtschaftsentwicklung wieder herstellt.

Das Wirtschaftswissenschaftliche Seminar Ottobeuren hat mit seinen bisherigen Veröffentlichungen großen Anklang gefunden. Es ist offen für neuere Entwicklungen in der Wirtschaftstheorie, sucht stets auch die wirtschaftspolitischen Implikationen mit abzudecken und verschließt sich nicht den von der Ökonometrie gelieferten Beiträgen zur empirischen Kontrolle. Der vorliegende Band reiht sich würdig in diese Seminartradition ein. Er gibt denjenigen, die sich mit der Neuen Makroökonomik vertraut machen wollen, einen gelungenen Überblick über Fragestellungen, Hypothesenformulierungen und Tragweite ihrer Forschungskonzeptionen, er bietet darüber hinaus dem mit den Grundfragen vertrauten Leser eine gediegene Vertiefung in spezielle Lösungsansätze und dem vornehmlich an der wirtschaftspolitischen Anwendung Interessierten eine vorurteilslose Gegenüberstellung unterschiedlicher Positionen, nebst den Beurteilungskriterien, die für Zielbildung und Mitteleinsatz verbindlich sind

K. Brandt, Freiburg i. Br.

*Borchardt, Knut: Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1982. 302 S. DM 78,—.*

Der 50. Band der sehr erfolgreichen „Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft“, die Helmut Berding, Jürgen Kocka und Hans-Ulrich Wehler seit 1972 herausgeben, enthält elf Aufsätze und Vorträge Borchardts aus den Jahren 1961 bis 1983. Der jüngste, der „Die Bundesrepublik Deutschland in den säkularen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung“ untersucht, ist eine Vorveröffentlichung des Beitrages von Borchardt zu einem Band des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, der inzwischen (1983) unter dem Titel „Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem“ unter der Herausgeberschaft von Werner Conze und M. Rainer Lepsius im Klett-Verlag, Stuttgart, ebenfalls erschienen ist. Das älteste Stück bildet die viel beachtete Studie „Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland“, die 1961 die bis dahin in fast allen Lehrbüchern vertretene These vom Kapitalmangel

Deutschlands als Verzögerungsgrund für die Industrialisierung nachdrücklich in Frage stellte.

Alle Arbeiten sind an anderer Stelle erreichbar. Dennoch ist es begrüßenswert, daß B. sich nach langem Zögern entschlossen hat, sie zusammen noch einmal vorzulegen, denn nur die engeren Fachkollegen haben leichten Zugang zu den verstreuten ersten Druckorten. Gerade Wirtschaftswissenschaftler, die nicht ständig wirtschaftsgeschichtliche Zeitschriften verfolgen, werden dies begrüßen. Ihnen wendet sich freilich B. nur in einigen der Aufsätze ausdrücklich zu; in anderen spricht er vor allem Historiker an, die er mit wirtschaftswissenschaftlichen Überlegungen und Analysen zur Korrektur tiefsitzender (Vor-)Urteile sowohl über die Eigenarten des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses in Deutschland wie über die wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen während der Weimarer Republik aufruft. Die im dritten Teil versammelten drei Beiträge über „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre“, über die „Wirtschaftlichen Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik“ und über die „Frage der währungspolitischen Optionen Deutschlands während der Weltwirtschaftskrise“ haben denn auch eine lebhaftige Kontroverse ausgelöst, die nicht frei ist von gegenwartspolitischen Untertönen.

Fast alle Essays kreisen um das Doppelthema: Können wir heute etwas aus der Geschichte lernen? Und: Können wir aus unserem gegenwärtigen Kenntnisstand etwas für die Bewertung historischer Vorgänge lernen? In besonders charmanter Weise zeigt das der einleitende Essay: „Europas Wirtschaftsgeschichte — ein Modell für Entwicklungsländer?“ — ursprünglich eine Mannheimer Rektoratsrede, in der B. seine Zuhörer mit einem Zitat zur wirtschaftlichen Situation Englands im 17. Jahrhundert überraschte, das der unbefangene Hörer eher einem kleineren lateinamerikanischen Land des 20. Jahrhunderts zuordnen würde. Hier entfaltet B. auch all seine rhetorischen Gaben. Andere Aufsätze sind eher nüchterne Explorationen in schwierig zu erschließende Gebiete wie die „Regionale Wachstumsdifferenzierung in Deutschland im 19. Jahrhundert“ oder die „Erziehungs- und Ausbildungsinvestitionen im 19. Jahrhundert“. Hier kombiniert B. einfallsreich verschiedene Methoden der indirekten Annäherung an direkt nicht meßbare Indikatoren des wirtschaftlichen Wachstums.

Es würde zu weit führen, hier die Ergebnisse der sehr unterschiedlichen Themen gewidmeten Arbeiten im einzelnen vorzuführen. Sie gehören inzwischen zum festen Wissensbestand der deutschen Wirtschaftsgeschichte, und wo sie kontrovers sind, lösen sie immer neue Nachforschungen von Historikern aus, denen vor allem die These, daß Brüning wenig Alternativen zu der von ihm geführten Wirtschaftspolitik gehabt habe, nicht ins Konzept paßt. Wirtschaftswissenschaftlern, die sich über den gegenwärtigen Kenntnisstand, aber auch die Argumentationsweise und Problemauswahl der Wirtschaftshistoriker informieren wollen, können die Aufsätze Borchardts nachdrücklich als Lektüre empfohlen werden.

W. Fischer, Berlin

*Peters, Rainer: Mindestreservpolitik und bankbetriebliche Liquiditätsdispositionen. Einflüsse einer verschärften Bundesbankpolitik. Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg 1980. 267 S. Brosch. DM 48,—.*

Die Tatsache, daß die Banken in einer Phase restriktiver Geldpolitik in den Jahren 1972/73 auf den massiven Abbau ihrer Liquiditätsausstattung nicht wie gewünscht mit einer Einschränkung des Kreditangebots reagierten, sondern eine Verminderung ihrer freien Liquiditätsreserven bei fortwährender Kreditexpansion und damit ein Absinken der in der Geldangebotsfunktion als stabil unterstellten Liquiditätsquote zuließen, nimmt der Verfasser vorliegender Arbeit zum Anlaß, die Diskussion um die Wirksamkeit der Mindestreservpolitik aufzunehmen, um ihren geldpolitischen Wirkungsgrad in Abhängigkeit vom liquiditätspolitischen Verhalten der Banken zu erörtern.

Im einleitenden Kapitel werden die rechtlichen und banktechnischen Grundlagen der Mindestreservpolitik beschrieben. Es folgen kurze Hinweise auf mögliche Auswirkungen von Mindestreservesatzänderungen auf die einzelwirtschaftlichen Zielsetzungen Gewinn und Wachstum (2. Kapitel) sowie kurze Anmerkungen zum zeitlichen Ablauf einer solchen Maßnahme (3. Kapitel). Die Interdependenzen zwischen einzelwirtschaftlicher Liquiditätshaltung, Mindestreservpflicht und Ertragsniveau einer Bank werden dabei etwas kursorisch behandelt.

Im folgenden 4. Kapitel erläutert der Verfasser zunächst Reaktionsalternativen der Banken auf Mindestreservesatzerhöhungen, die in den Berechnungsmodalitäten von Mindestreserve-Soll und Mindestreserve-Ist begründet sind. Hierbei werden allerdings die technischen Reaktionsmöglichkeiten, etwa durch Rückzahlung reservspflichtiger Verbindlichkeiten an den Stichtagen, die zur Ermittlung des Monatsdurchschnitts herangezogen werden, allzu isoliert, nur auf ihre Wirkung für das Mindestreserve-Soll erörtert, ohne ihre praktische Relevanz sowie ihre Konsequenzen für andere bankbetriebliche (z.B. marktliche) Zusammenhänge zu diskutieren. Der zweite Abschnitt dieses Kapitels behandelt Fragen der Anpassung der laufenden Mindestreservesedisposition im Hinblick auf die schon angeordnete Mindestreservesatzerhöhung bis zum Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens.

Gegenstand des folgenden umfangreichsten Kapitels sind Möglichkeiten der Kreditinstitute zur Deckung eines durch Mindestreservpolitik erhöhten Zentralbankgeldbedarfs. Dabei hätte zunächst der Unterschied zwischen dem Zufluß von Zentralbankgeld in das Gesamtsystem, der nur durch Transaktionen mit der Zentralbank bewirkt werden kann und den Prozessen der Umschichtung von Zentralbankgeld innerhalb des Systems deutlicher herausgestellt werden können. Nach nur kurzen Anmerkungen hierzu beschreibt das 5. Kapitel aber im wesentlichen nur die Möglichkeiten der Zentralbankgeldbeschaffung der Einzelbank durch Monetisierung sekundärliquider Mittel, durch Geldaufnahme am Geldmarkt sowie durch Refinanzierung bei der Bundesbank. Die instrumentellen, institutionellen und administrativen Bedingungen des Möglichkeitsbereichs der Disposition einer Bank über ihre sekundärliquiden Mittel wird dargestellt und die Eigenschaftsstellen einzelner Komponenten der Liquiditätsreserve unter Erfolgs- und Risikoaspekten sowie hinsichtlich der Liquidierbarkeit untersucht. Das abschließende 6. Kapitel (das 7. ist Zusammenfassung) erörtert einige strategische Überlegungen zur Dimensionierung und Strukturierung der Liquiditätsreserve sowie hinsichtlich ihres Einsatzes zur Zentralbankgeldbeschaffung bei Erhöhung des Mindestreserve-Solls.

So ist die vorliegende Arbeit im wesentlichen eine Darstellung des administrativen Rahmens der Mindestreservepolitik sowie eine einzelwirtschaftliche Analyse der Möglichkeiten einer Einzelbank, sich auf Basis ihrer sekundärliquider Mittel bzw. durch Verschuldung am Geldmarkt den durch Mindestreservepolitik induzierten Zentralbankgeldbedarf zu decken. Geldpolitisch bedeutsam ist aber zunächst die Liquiditätsausstattung des Gesamtsystems und sodann der Sachverhalt, daß der Nutzungsgrad eines gegebenen Zentralbankgeldbestandes durch Umverteilung im System erhöht und so die Wirkungen von Restriktionsmaßnahmen vermindert werden können. Zur Klärung dieser Zusammenhänge sowie zur Analyse der geldpolitisch interessanten Frage des Einflusses der Interbankbeziehungen auf das Kreditangebotsverhalten der Banken, dringt die Arbeit nur in Ansätzen vor.

Der an Fragen der Liquiditätsposition interessierte Leser findet eine umfassende Analyse des hierfür verfügbaren Instrumentariums. Für die „Überlegungen hinsichtlich einer Ergänzung und Verbesserung des notenbankpolitischen Instrumentariums“ oder zur Verbesserung der Effizienz einer restriktiven Mindestreservepolitik, wie vom Verfasser in seiner Zusammenfassung vermutet, liefert die Arbeit kaum einen hilfreichen Beitrag, da die Verknüpfung zwischen der Untersuchung des einzelwirtschaftlichen Möglichenbereichs und dem Geldangebotsverhalten der Banken allenfalls nur sehr lose hergestellt wird.

W. Böhner, Köln

*Wegehenkel, Lothar: Gleichgewicht, Transaktionskosten und Evolution. Eine Analyse der Koordinationseffizienz unterschiedlicher Wirtschaftssysteme, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1981. 170 S. DM 72,—. Ders.: Coase-Theorem und Marktssystem. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1980. 138 S. DM 52,—.*

Die Arbeit „Gleichgewicht, Transaktionskosten und Evolution“ ist eine direkte und unmittelbare Weiterentwicklung der Dissertationsschrift von Wegehenkel und daher nur im Zusammenhang mit ihr voll zu würdigen.

In seiner Dissertation präzisiert Wegehenkel den Transaktionskostenbegriff, der in den üblichen neoklassischen Modellen entweder nicht auftaucht oder — so auch im Coase-Theorem — gleich Null gesetzt wird. In jüngster Zeit wird der Begriff zwar benutzt, aber oft in recht undifferenzierter Weise. So ist die fruchtbare Differenzierung des Transaktionskostenbegriffs ein wesentliches Verdienst der Untersuchung. Wegehenkel geht von der Trennung in interne und externe Transaktionskosten aus (vgl. Diss., S. 5 f.) und unterscheidet die externen Transaktionskosten dann in einer weiteren sinnvollen Dreiteilung, die darauf abstellt, ob die externen Transaktionskosten nur beim jeweils ersten Tauschakt anfallen oder ob sie von der Zahl der Tauschakte oder der Höhe der Gütermenge abhängen (vgl. Diss., S. 7 f.). Der so differenzierte Transaktionskostenbegriff wird in der Habilitation aufgegriffen, vertieft und zu einer Effizienzanalyse für unterschiedliche Wirtschaftssysteme verwendet.

Der präzisierte Transaktionskostenbegriff wird in der Dissertation auf das Coase-Theorem angewendet, so daß eine genauere Betrachtung und Beurteilung dieses Theorems möglich wird. Es besagt (in den Worten Wegehenkels) folgendes: „Bei *Nichtexistenz von Transaktionskosten* und bei Institutional-

sierung einer eindeutigen *Primärverteilung* der mit dem externen Effekt verknüpften Rechte ... hat die *personelle* Zuordnung der Rechte in der Primärverteilung ... *keinerlei Wirkung auf die Allokation*. Es kommt also unabhängig von der personellen Zuordnung der Rechte stets die *gleiche Allokation zustande*. Darüber hinaus genügt diese Allokation dem Kriterium der *Pareto-Optimalität*“ (Diss., S. 27). Dieser Teil der Arbeit zeichnet sich durch eine wesentlich klarere Gedankenführung und Erklärungskraft aus als etwa bei anderen Arbeiten der letzten Zeit zum gleichen Problemkreis.

Die vertiefte Analyse des Coase-Theorems ergibt, daß es weder kurz- noch langfristig gilt (vgl. Diss., S. 57), weil Coase nicht zwischen Produktmärkten einerseits und Faktormärkten andererseits unterscheidet. Es gilt nicht einmal unter der ursprünglichen Annahme, daß die Transaktionskosten gleich Null seien. In der ebenso differenzierten Auseinandersetzung mit Weiterentwicklungen des ursprünglichen Theorems vermag Wegehenkel einerseits einigen Coase-Interpreten logische Inkonsistenzen und Fehler nachzuweisen, so z. B. Jaeger (vgl. Diss., S. 96 f.) und vor allen Dingen Endres (vgl. Diss., S. 89 f.), andererseits führt ihn diese Analyse zu Einsichten und Möglichkeiten einer Weiterentwicklung von Marktsystemen. Damit weist Wegehenkel nach, daß die undifferenzierte Rede vom Marktversagen oberflächlich und nachgerade falsch ist.

Die wesentliche explikatorische Leistung Wegehenkels liegt in der Herausarbeitung der Wechselbeziehung zwischen Marktsystem und Rechtssystem. Das Marktsystem ist als ein Geflecht externer Tauschvorgänge zu begreifen, das nur auf der Basis *exklusiver Verfügungsrechte* möglich ist. Diese exklusiven Verfügungsrechte müssen spezifiziert und persönlich zugeordnet sein, d. h., daß eine Primärverteilung bestehen muß (Diss., S. 40).

Die Güter- und Faktormärkte können damit letztlich so beschrieben werden, daß sie nicht monolithisch zu begreifen sind, sondern daß sie entsprechend der Anzahl der spezifizierten und zugeordneten exklusiven Verfügungsrechte beschrieben und demzufolge in eine entsprechende Zahl von Rechtskomponentenmärkte aufgespalten werden können (vgl. Diss., S. 109 ff.).

Externe Effekte (z. B. im Falle mangelnden Umweltschutzes) können unter gewissen Umständen dadurch erfolgversprechend in das Marktsystem integriert werden, indem *zusätzliche* exklusive Verfügungsrechte spezifiziert und zugeordnet und damit schließlich tauschbar werden. Dazu ist es notwendig (wenn auch nicht hinreichend), daß das Rechtssystem hinreichend flexibel ist und die Aufnahme weiterer Rechtskomponenten nicht verhindert.

An dieser Stelle setzt die Weiterentwicklung der Wegehenkelschen Analyse in seiner Habilitationsschrift an: Er greift zunächst den Transaktionskostenbegriff auf, verfeinert ihn weiter und untersucht ihn in seiner Bedeutung für unterschiedliche Allokationssysteme. Dabei werden nacheinander das Marktsystem (Habil., Kap. II, S. 4 ff.), die Zentralverwaltungswirtschaft (Habil., Kap. III, S. 71 ff.) sowie gemischte Systeme (Habil., Kap. IV, S. 101 ff.) untersucht. — Die Ergebnisse dieser Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

In Marktsystemen erodieren die externen Transaktionskosten bei geeigneter Rechtsetzung ebenso wie die (unternehmungs-)internen Transaktionskosten. In Zentralverwaltungswirtschaften, in denen ja — ex definitione — keine externen Transaktionskosten existieren, bildet sich systemimmanent ein Polster an internen Transaktionskosten heraus, das nicht zur Erosion

neigt. In Mischsystemen werden auf der gleichen Systemebene hierarchische und dezentrale (spontane) Koordinierung eingesetzt. Die Ineffizienzen aus dem hierarchischen Sektor greifen dabei notwendigerweise auf den dezentralen Sektor über. Dieses Ergebnis kommt dadurch zustande, daß die Existenz des hierarchischen Sektors auf *gleicher* Systemebene verhindert, daß eine weitere Differenzierung der exklusiven Verfügungsrechte erfolgen kann. Allein in Marktsystemen besteht systemimmanent eine Tendenz zur Differenzierung der exklusiven Verfügungsrechte und damit zu einer Erhöhung der Vielfalt möglicher Tauschbeziehungen.

Auf eine andere Formel gebracht läßt sich sagen, daß zentralverwaltungs-wirtschaftliche Systeme und Mischsysteme notwendig verschiedene Koordinationsmechanismen auf *derselben Systemebene* verwenden. Daraus folgen zwangsläufig Ineffizienzen im Sinne paretooptimaler Zustände (vgl. Habil., S. 99 ff. und S. 113). Dieses Ergebnis kommt nach unserer Interpretation u. a. deswegen zustande, weil zentrale wie gemischte Wirtschaftssysteme bestehende Handlungsbeschränkungen (wie z. B. beim Umweltschutz, wo sich Konsumenten kaum wehren können) ausdehnen, sei es, daß sie die Handlungsmöglichkeiten von Produzenten, von Konsumenten oder von beiden Gruppen beschränken. Damit beschränkt sich der Staat nicht auf die Setzung *allgemeiner Regeln* im Sinne Hayeks, sondern schreibt in vielfältiger Weise *positive Handeln* vor. Das kommt einer Beschneidung unternehmerischen Handelns im Sinne Kirzners (eine Weiterentwicklung des ‚dynamischen Unternehmers‘ bei Schumpeter) gleich. Die Folge davon ist, daß sich die Rechtskomponentenmärkte zurückbilden, während gerade ihre Ausdifferenzierung nötig wäre. Allein die Weiterentwicklung der Marktsysteme vermag die Bedingungen für eine solche Fortdifferenzierung der Rechtskomponentenmärkte zu gewährleisten.

Wie eine solche Fortentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die Erweiterung der Rechtskomponentenmärkte möglich wäre (was nichts anderes heißt, als daß externe Effekte internalisiert werden können), beschreibt Wegehenkel in groben Zügen in bezug auf den Umweltschutz als ein typisches Anwendungsbeispiel (Habil., Kap. V, S. 114 ff.).

Natürlich sind den skizzierten Vorschlägen Werturteile eigen. Deshalb geht Wegehenkel in einem weiteren Kapitel auf den Zusammenhang von Normen und Werten ein (vgl. Habil., S. 136 ff.), indem er nachweist, daß Normen und Werte letztlich auch von den im geschichtlichen Ablauf wandelbaren Anforderungen an die Überlebensfähigkeit eines Systems (einer Gesellschaft, einer Schicht, einer Klasse, schließlich der Menschheit überhaupt) abhängen. Wenn und insofern Normen und Werte und damit die Verhaltensweisen von Menschen sich nicht genügend schnell an gewandelte Überlebensbedingungen anpassen, gehen die davon betroffenen Subsysteme (Klasse, Kulturkreis, o. ä.) zugrunde. Aus diesem Blickwinkel und als Schlußpunkt seiner gesamten Analyse ist ein abschließender, wohl eher programmatischer Abschnitt zu verstehen („Folgerungen für den Umgang mit wirtschaftlichen Subsystemen der Gesellschaft“, Habil., S. 143 ff.), in dem Wegehenkel grob skizziert, welche Implikationen seine Analyse der Evolution von Marktsystemen in bezug auf verschiedene Teilbereiche der Wirtschaftspolitik haben würde.

In einer kritischen Würdigung ist hervorzuheben, daß die Arbeiten Wegehenkels auf einem hohen theoretischen Abstraktionsniveau anzusiedeln sind, gleichwohl zeichnen sie sich durch eine weitgehend klare und verständ-

liche Formulierung aus. Sie verraten sachliche und logische Stringenz in der Gedankenführung und eine subtile Kenntnis der volkswirtschaftlichen Theorienbildung. Demgegenüber ist einzuwenden, daß Aspekte der politischen und wirtschaftspolitischen Willens- und Entscheidungsbildung rundweg ausgeklammert bleiben. Gerade in der praktischen Umsetzbarkeit der marktkonformen Weiterentwicklung des Rechtssystems dürften sich eine Reihe schwieriger Problemfelder ergeben. Auch ist anzumerken, daß insbesondere die Schlußausführungen in der Habilitationsschrift eine weitgehende Irrelevanz bisheriger Ansätze und Analysen der theoretischen Wirtschaftspolitik nahelegen. Davor sollte sich der Autor hüten. Nachdrücklich ist auf die Ergiebigkeit neuerer Analysen mit Hilfe des theoretischen Instrumentariums der Neuen Politischen Ökonomie zur Erklärung des faktischen wirtschaftspolitischen Geschehens hinzuweisen. Diese Kritik ist nicht negativ gemeint, sie soll zu weiteren Arbeiten, die auch die positive Ökonomik einschließen, anspornen, damit der Zugang zu seiner sehr fruchtbaren Analyse nicht unnötig und unfreiwillig verschüttet bleibt. Erste Ansätze mögen darin zu sehen sein, daß der Autor seine Vorstellungen einem größeren, eher praxisbezogenerem Publikum vorzustellen gewillt ist (vgl. z. B. *L. Wegehenkel*, Die Bestimmung von Umweltstandards durch den Markt. Weiterentwicklungen der Emissionszertifikatelösung, Neue Zürcher Zeitung, Mittwoch, 7. Oktober 1981, Nr. 232, S. 23).

S. F. Franke, Hamburg

*Zimmermann*, Rainer: Demographische Variablen in Linearen Produktionsmodellen. Dr. Norbert Brockmeyer, Bochum 1983. 263 S. DM 34,80.

Zunehmend komplexe wirtschaftliche Situationen werden vielfach dadurch besser erklärt, daß wissenschaftlich bislang eigenständige Untersuchungsobjekte in umfassenderen Modellen miteinander verknüpft werden, ehemals exogene Modellgrößen dementsprechend endogenisiert bzw. vernachlässigte Größen nunmehr beachtet werden. Der Autor des rezensierten Buches trägt dieser Überlegung auf seine Weise Rechnung, indem er die Auswirkungen von Migrationsbewegungen auf den Wohlstand einer Volkswirtschaft anhand eines linearen Input-Output-Modells zu analysieren versucht, welches er zuvor um geeignete demographische Inputvariablen erweitert. Zimmermann ist dabei jederzeit um eine streng formale, quantitative Entwicklung und Darstellung der Ergebnisse bemüht.

Der erste Teil der Arbeit ist einer Aufarbeitung des bekannten linearen Bevölkerungsmodells gewidmet. Im Hinblick auf das angestrebte Arbeitsziel sind zwei Resultate von vorrangiger Bedeutung, zum einen die Wirkungsäquivalenz der Änderung einer Sterberate und der Einführung einer Migrationsrate, zum anderen — bei genügend restriktiven Voraussetzungen — die langfristige Konstanz und Unabhängigkeit der Altersstruktur einer Volkswirtschaft vom anfänglichen Altersaufbau. Im zweiten Arbeitsschwerpunkt wird anschließend der Versuch unternommen, im linear-limitationalen Input-Output-Modell von Leontief zusätzlich heterogene (unterschiedlich qualifizierte) Arbeitsinputs zu berücksichtigen, was später der Beurteilung von Migrationsbewegungen dienen soll. Die praktische Relevanz dieser Erweiterung erscheint durch die erforderlichen Einschränkungen, etwa die hierarchische Ordnung der verschiedenen Qualifikationen, jedoch zumindest in Frage gestellt und wird auch nicht weiter diskutiert. Dritter Teil der Arbeit

und zugleich ihr Kernstück ist die Erklärung von Migrationswirkungen im Zwei-Länder-Fall mit Hilfe einer komparativ-dynamischen Analyse. Interessante Fragestellungen gelten in diesem Rahmen unter anderem möglichen, durch Migration verursachten Änderungen des Investitionsverhaltens bzw. der Produktionstechnik in den Ländern, was den Autor zu einer Interpretation von Migrationsbewegungen als Techniktransfer veranlaßt und Migration somit schließlich auch für eine ungleiche Entwicklung der Einkommensgrößen mitverantwortlich werden läßt. Eine empirische Überprüfung der formal abgeleiteten Einzelaussagen liegt allerdings noch nicht vor.

Für den praxisorientierten Ökonomen wäre es sicherlich wünschenswert gewesen, wenn der Autor den ökonomischen Gehalt seiner Analysen etwas stärker in den Vordergrund gerückt und vor allem mehr Wert auf die Diskussion des doch recht umfangreichen Prämissensystems gelegt hätte. In dieser Hinsicht geht bisweilen die Übersicht verloren, was in Verbindung mit gelegentlichen Ungenauigkeiten in der Handhabung des formalen Instrumentariums die Lektüre stellenweise behindert. Insgesamt gelingt dennoch eine anspruchsvolle und anregende Darstellung des Wirkungszusammenhanges zwischen demographischen Inputvariablen und den maßgeblichen volkswirtschaftlichen Outputgrößen. So ist das Buch von Zimmermann all denjenigen zu empfehlen, die vorwiegend grundlegende Herleitungen und Resultate auf dem behandelten Gebiet kennenlernen wollen und zudem ein verhältnismäßig abstraktes Niveau der Ausführungen mit einer Vielzahl von Bezügen zur linearen Algebra nicht scheuen.

J. Reese, Hagen